

# Gemeinsam stark!

Empowerment in der Flüchtlingshilfe





Foto: Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners



Foto: Janina Trebing



Foto: Ines Meier

**Editorial** 3

**Thema**

**Gemeinsam stark!  
Empowerment in der Flüchtlingshilfe**

Empowerment in der Arbeit mit Geflüchteten 4  
 „Wir ziehen alle an einem Strang“ 6  
 Zukunftsperspektiven für Geflüchtete 8  
 Mittel der „Aktion Deutschland Hilft“ für Flüchtlingsfrauen 8  
 Integration und Sprache sind eng verknüpft 9  
 Paritätische Perspektiven – Die Zukunft der Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten 10  
 Beratung auf Augenhöhe 12  
 „Wir lernen gegenseitig voneinander“ 14  
 „Ich kann wieder lachen!“ 16  
 „Sprechen tut gut“ 18  
 „Willkommen im Gallus“ 20

**Sozialpolitik**

Armut in Deutschland auf neuem Höchststand von 15,7 Prozent 22  
 Öffentlich geförderte Beschäftigung als Beitrag zu mehr politischer Teilhabe?! 24  
 Unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte Betroffener 24  
 Statt Abschottung humane Aufnahmeprogramme nötig 24  
 Vorschläge zur besseren sozialen Teilhabe 24  
 Fachgespräch zum Bildungs- und Teilhabepaket: Hoher Reformbedarf 25

**Verbandsrundschau**

„Pionier des Aufbaus“ 26  
 „Das Netzwerken hat mir sehr geholfen“ 27  
 Reichtum umverteilen 29  
 Aus den Landesverbänden 29  
 Krankenhausreform stellt Kliniken vor große Herausforderungen 30  
 „Die Demokratie stirbt, wenn der Sozialstaat stirbt“ 31  
 Mitgliedschaft, die sich lohnt 32  
 Freiwillig = wertvoll 33

**Hören & Sehen** 34  
**was? – wann? – wo? | Impressum** 35



## Liebe Leserinnen und Leser,

ein Großteil der in Europa Schutz suchenden Menschen flieht in der Hoffnung auf Sicherheit aus durch Krieg und Krisen geprägten Herkunftsstaaten wie Syrien, Irak oder Afghanistan. Wie häufig in ihrem Heimatland sind die Menschen auch auf der Flucht traumatisierenden Erlebnissen und Gewalt ausgesetzt, deren Folge psychische und physische Beeinträchtigungen sind. In Deutschland angekommen, gestaltet sich der Alltag in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften für jeden Zuflucht Suchenden und insbesondere für die besonders schutzbedürftigen Personengruppen wie Frauen, Kinder und LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) als eine enorme Herausforderung. Häufig sind die Menschen mit herkunfts- oder geschlechtsspezifischen Diskriminierungen konfrontiert. In den Unterkünften bestehen sowohl ein Mangel an Privatsphäre und Schutzmöglichkeiten als auch Gewalt begünstigende Strukturen sowie die Gefahr sexueller Belästigung. Die Verweigerung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen erzwingen Passivität und tragen zusätzlich zum Rückzug und zur Isolation Geflüchteter bei.

Diese Ausgabe des Verbandsmagazins rückt Mitgliedsorganisationen und Projekte des Paritätischen in den Fokus, die die Zuflucht Suchenden in dieser Lebenssituation unterstützen. Indem die sozialen Träger die Selbstermächtigung

der Geflüchteten (Empowerment) fördern, sollen diese befähigt werden, ihr Leben in einem fremden Land aus eigener Kraft heraus bewältigen und gestalten zu können. Getragen sind sie dabei von dem Gedanken der Parität – der Verwirklichung der gleichen Chancen für jeden und des gleichen Respektes. Die Reportagen und Berichte zeigen eine Auswahl der vielfältigen Aktivitäten unserer Mitgliedsorganisationen, durch welche geflüchtete Menschen Vertrauen in ihre neue Umgebung fassen, sich öffnen, soziokulturelle Teilhabe erleben und durch die ihnen der Zugang zum öffentlichen Leben erleichtert werden soll. Die Angebote reichen von der Vermittlung von Kenntnissen über ihre Rechte und den Abbau von Sprachbarrieren bis hin zur Freizeitgestaltung. Insbesondere Beratungen im Asylverfahren zu kinder- und frauenrechtlichen Thematiken aber auch die Unterstützung zur Wahrnehmung gesundheitlicher Behandlungen, Projekte zum Spracherwerb für den beruflichen Einstieg oder niederschwellige Angebote wie ein Erfahrungsaustausch über die jeweiligen Lebenswege tragen zur Stärkung des Selbsthilfepotenzials und der Eigenverantwortung der Geflüchteten bei. Darüber hinaus ermöglichen Projekte zur Förderung von Patenschaften mit Einheimischen nicht nur erste freundschaftliche Kontakte, sondern auch eine gegenseitige Sensibilisierung für die jeweiligen Lebenswirklichkeiten.



Professor Dr. Rolf  
Rosenbrock,  
Vorsitzender des  
Paritätischen  
Gesamtverbands

Das Wirken unserer Mitgliedsorganisationen und deren Projekte beschränken sich aber nicht auf den nationalen Rahmen. Auch in Transit- und Herkunftsstaaten fördern sie die Selbstständigkeit von geflohenen Menschen. Exemplarisch seien hier die pädagogischen Angebote für traumatisierte Zuflucht suchende Menschen in den Flüchtlingslagern, Hilfen zur Förderung der beruflichen Selbstständigkeit oder die medizinische Versorgung von alten und chronisch kranken Menschen zu nennen.

Durch ihre Arbeit zur Unterstützung der Geflüchteten leisten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie die Hauptamtlichen täglich einen Beitrag zur Schaffung einer toleranten und offenen Gesellschaft. Dafür kann ihnen kaum genug gedankt werden. Denn dabei geht es nicht nur um die Selbstermächtigung von Geflüchteten zur eigenen Lebensgestaltung sondern auch darum, ihre Stimmen wahrnehmbar zu machen und sich in einem gegenseitigen Prozess für Neues zu öffnen.

Herzlich Ihr



# Empowerment in der Arbeit mit Geflüchteten

Flüchtlinge benötigen Unterstützung, um gut in Deutschland anzukommen. Aber sie sind nicht nur hilfsbedürftige Menschen, sondern haben auch Potenziale und Stärken.

**G**eht es nach der Bundesregierung, dann soll es bei der Flüchtlingspolitik in diesem Jahr vorrangig die Rückkehr beziehungsweise Rückführung von Flüchtlingen im Vordergrund stehen. Dies wird als notwendige Voraussetzung angesehen, um die Akzeptanz der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu erhalten. Wenn auch die Unterstützung der freiwilligen Rückkehr für diejenigen, die für sich hier keine Perspektive mehr sehen, unter bestimmten Umständen sinnvoll sein kann, so stehen dennoch für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen andere Fragen bezie-

hungsweise Aufgaben im Vordergrund: Wie soll zukünftig der Zugang von Schutzsuchenden nach Europa, nach Deutschland gewährleistet werden, ohne dass sie auf der Flucht ihr Leben riskieren müssen oder an Europas Grenzen abgewiesen werden? Wie stellen wir sicher, dass die Asylverfahren in Deutschland nicht nur zügig, sondern auch fair durchgeführt werden? Was muss getan werden, damit die Integration der Geflüchteten besser gelingen kann? Aber auch: wie können wir vor Ort, in den Herkunfts- oder Transitstaaten zu besseren Lebensbedingungen für die vielen Menschen auf der Flucht beitragen?

In allen Bereichen der sozialen Arbeit spielt der Umgang mit Flüchtlingen mittlerweile eine wichtige Rolle. Das gilt für die Kindertageseinrichtungen ebenso wie für die Jugendsozialarbeit, die Jugendhilfe, Behindertenhilfe etc., insbesondere auch für die Fragen der Unterbringung, der Sprachförderung – aber auch für Hilfen vor Ort in den Transit- oder Herkunftsländern. Dabei wird deutlich, dass es sich bei vielen Aufgaben, etwa der besseren Integration in den Arbeitsmarkt oder der Versorgung mit Wohnraum, keinesfalls ausschließlich um flüchtlingsspezifische Herausforderungen handelt, dass mit dem Zuzug der Flüchtlinge schon vor-

**E**mpowerment kann an vielen Orten stattfinden – in der Kita, in der Schule, bei der Arbeit, bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten, im ehrenamtlichen Engagement, im politischen Aktivismus oder auch in Begegnungen auf der Straße. Empowerment heißt: selbst zu Wort kommen zu können und gehört zu werden. Empowerment heißt Selbstermächtigung und -bemächtigung sowie soziale, rechtliche und politische Partizipation. Empowerment heißt, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Empowerment braucht Räume für einen geschützten Austausch über Probleme, aber auch, um eigene Stärken erkennen und entfalten zu können. Das Konzept des Empowerments gewann vor allem im Rahmen der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung und feministischen Frauenbewegungen in den USA der 1960er Jahre als Strategie der Stärkung strukturell benachteiligter Gruppen oder Personen sowie deren Wahrnehmung eigener Rechte und Teilhabe auf allen gesellschaftli-

## Was bedeutet Empowerment?

chen Ebenen zunehmend an Bedeutung. In Deutschland ist der Ansatz seit den 80er Jahren eng verknüpft mit politischer Selbstbestimmung von Schwarzen Menschen und People of Color, später wurde er dann in der Sozialen Arbeit und weiteren akademischen Feldern angewandt. Aktuell wird Empowerment vor allem im Kontext von Menschen, die aufgrund von Fluchterfahrungen strukturellen (rassistischen) Diskriminierungen und Zugangsbarrieren zu zentralen gesellschaftlichen Feldern in Deutschland ausgesetzt sind, diskutiert und praktiziert. Hierbei ist ein (selbst)kritischer Blick auf unterschiedliche strukturelle Positionierungen, Motivationen sowie Strategien und Rahmenbedingungen jedoch unabdingbar: Wer empowert

hier eigentlich wen und welche Ziele werden dabei verfolgt? Wie können die Stärken und Widerstände von Geflüchteten sichtbar (gemacht) werden in einem Diskurs, der oft geprägt ist von einem Denken in Opfer-Kategorien, Mitleid und Bevormundung? Wie kann eine gleichberechtigte Begegnung auf Augenhöhe entstehen? Wie kann verhindert werden, dass Hierarchien und bestimmte ungleiche Strukturen (re)produziert und verfestigt werden? Und was kann der Empowerment-Ansatz in zeitlich befristeter und finanziell abhängiger Projektarbeit leisten?

Diese Fragen können die Arbeit mit dem Empowerment-Ansatz, aber vor allem die Menschen, an die sich dieser richtet, stärken.

(Weitere Informationen siehe auch: Paritätischer Gesamtverband e. V.: Perspektivwechsel Empowerment. Ein Blick auf Realitäten und Strukturen in der Arbeit mit geflüchteten Frauen, 2016 [www.migration.paritaet.org/fluechtlingshilfe/arbeitshilfen](http://www.migration.paritaet.org/fluechtlingshilfe/arbeitshilfen))

handene Probleme nur weitaus deutlicher zu Tage treten. Es geht daher häufig auch nicht darum, flüchtlingsspezifische Lösungen zu finden, sondern strukturelle, von denen dann die Gesellschaft insgesamt profitieren kann.

### Erfolgsgeschichten hervorheben

So wichtig es ist, immer wieder auf die Barrieren hinzuweisen, die einer besseren Aufnahme und Integration der Flüchtlinge noch im Wege stehen, so wichtig ist es andererseits aber auch deutlich zu machen, welche zahlreichen „Erfolgsgeschichten“ es gibt, in wie vielen Fällen – mit oder ohne Unterstützung – Geflüchtete hier mittlerweile Fuß fassen konnten, sich einbringen und einmischen in die Gesellschaft – und auch selbst engagieren bei der Aufnahme der Flüchtlinge.

Es ist unstrittig, dass die Aufnahme von Flüchtlingen bisher nur aufgrund des großen Engagements zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer gelingen konnte. Diese großartige Hilfe muss aber koordiniert und die Ehrenamtlichen qualifiziert werden. Daher ist es zu begrüßen, dass sich der Gesamtverband an einem Förderprogramm der Integrationsbeauftragten des Bundes beteiligen kann, mit dem Mitgliedsorganisationen vor Ort bei dieser Aufgabe unterstützt werden.

Gemeinsam mit dem Informationsverbund Asyl und Migration stellt der Paritätische Gesamtverband auf der Homepage „fluechtlingshelfer.info“ wichtige Informationen für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zur Verfügung.

In einem weiteren Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend werden aktuell die Bildung und Begleitung von Patenschaften gefördert. Paritätische Mitgliedsorganisationen haben allein im vergangenen Jahr knapp 3.000 solcher Patenschaften angeregt und begleitet.

### Besondere Schutzbedürftigkeit

Ein besonderer Schwerpunkt liegt aktuell auch in der Unterstützung von geflüchteten Frauen und Kindern, sei es, um den Schutz in Unterkünften zu verbessern oder um in verschiedenen

Projekten geflüchtete Frauen dabei zu unterstützen, sich zu orientieren, zu organisieren, sich stärker einzumischen. Dies verweist auf zentrale Ansätze, die für die meisten Projekte und Maßnahmen, die paritätische Organisationen durchführen, maßgeblich sind, nämlich Partizipation und Empowerment. Partizipation und Empowerment benötigen aber auch Rahmenbedingungen, die dies ermöglichen beziehungsweise fördern. Die Lebensbedingungen in großen Sammellagern, womöglich noch mit Sachleistungen, gehören ganz gewiss nicht dazu, ebenso wie die Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder bei den sozialen Leistungen.

### Menschen mit schlechter Bleibeperspektive nicht ausschließen

Möglichst vielen Geflüchteten bessere, dezentrale Wohnmöglichkeiten zu verschaffen wird daher in diesem Jahr ebenso zur zentralen Aufgabe gehören, wie auch die schnellere Integration in den Arbeitsmarkt. Dabei sollen die verschiedenen Fördermaßnahmen grundsätzlich allen Asylsuchenden von Beginn an offen stehen – und nicht Menschen, die vermeintlich keine Bleibeperspektive haben, ausgeschlossen werden. Und wichtig ist auch, dass die Fördermaßnahmen angesichts rückläufiger Zahlen von Asylsuchenden jetzt nicht kurzfristig zurückgefahren werden. Denn die Praxis in den Beratungsstellen und Projekten macht deutlich, dass nach wie vor

ein enormer Bedarf besteht, dass die Projekte und Hilfsmaßnahmen, die gerade aufgebaut wurden, in den kommenden Jahren noch dringend gebraucht werden.

### Interkulturelle Öffnung

Genauso richtig ist aber auch, dass sich die Regelstrukturen noch wesentlich stärker auf die neuen Bevölkerungsgruppen einstellen und ihre Angebote diesbezüglich weiterentwickeln müssen. Das Thema der interkulturellen Öffnung ist gewiss kein neues Thema, es bekommt aber durch die große Zahl der nach Deutschland geflohenen Menschen eine neue Dringlichkeit.

Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband

Susann Thiel, Referentin für Flüchtlingshilfe/-politik beim Paritätischen Gesamtverband

### Anzeige


  
 Evangelische Hochschule Darmstadt
   
 University of Applied Sciences
   
 eh-darmstadt.de



**Inklusion und Integration auf der Systemebene verankern – Innovativer Weiterbildungs-Master in Darmstadt**

Inklusion und Integration sind aktuell viel diskutierte Begriffe. Gesellschaftliche Exklusionsrisiken wie Migration, Behinderung, Armut, Gender, sexuelle Orientierung, Sprache, Alter und weltanschauliche Überzeugungen erfordern die Bearbeitung dieser Risiken.

Der Studiengang „Systementwicklung Inklusion“ an der Evangelischen Hochschule Darmstadt hat das Ziel, Gestaltungs- und Steuerungskompetenzen von inklusiven Veränderungsprozessen auf der Systemebene zu vermitteln.

Zielgruppe sind Professionelle aus unterschiedlichen Bereichen, z.B. Diensten und Einrichtungen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens, der öffentlichen Verwaltung, Verbänden, Politik u. v.m. Der fünfsemestrige Master berechtigt zur Promotion und eröffnet den Zugang zum höheren Dienst. Die 63 Präsenztage sind in Blockform organisiert. Das Studium beginnt im Oktober 2017.

**Interessiert? Gerne beraten wir Sie!**

Prof. Dr. Anne-Dore Stein (Studiengangsleiterin) und Laura Wallner M.A.,  
 Telefon 06151 8798-542, systementwicklung-inklusion@eh-darmstadt.de,  
[www.eh-darmstadt.de/systementwicklung-inklusion](http://www.eh-darmstadt.de/systementwicklung-inklusion)



# „Wir ziehen alle an einem Strang“

Die Hürden scheinen oft nahezu unüberwindbar. Aber das schreckt Peter Horster und sein Team keinesfalls: Um Geflüchteten beim Sprung ins Arbeitsleben zu helfen, haben sie ein ambitioniertes Programm entwickelt. „Unser Ziel ist nicht, die Menschen in irgendeinen Job zu vermitteln, sondern in eine Arbeit, bei der sie glücklich sind“, sagt der Operative Leiter der Deutschen Angestellten Akademie (DAA) in Duisburg, Mönchengladbach und Aachen.

Für mehr als 1.000 Geflüchtete ist die Duisburger DAA Tag für Tag eine wichtige Anlaufstelle. Sie nehmen dort an insgesamt sechs verschiedenen Programmen beziehungsweise Projekten zur beruflichen Integration teil. Eine davon heißt KompAS. Sie verknüpft Sprach- und Integrationskurse mit einer Einführung ins Arbeits- und Wirtschaftsleben, ermöglicht den Teilnehmenden, in den DAA-eigenen Werkstätten und Büros, metall- und holzverarbeitende sowie kaufmännische Berufe kennenzulernen und Praktika in Betrieben zu machen. Andere sind im Programm PerF, das gezielt „Perspektiven für Flüchtlinge“ auslotet, die zwar einen Schulabschluss beziehungsweise ein Studium oder eine Ausbildung haben, aber keine Zeugnisse vorweisen können, weil diese bei Bombenangriffen vernichtet wurden oder auf der Flucht verloren gingen.

## Traumbringer und Traumzerstörer zugleich

„Wir sind Traumbringer und Traumzerstörer zugleich“, sagt Peter Horster. Der Volkswirt, Diplom-Sozialwissenschaftler und Berufspädagoge und seine Kolleginnen und Kollegen, machen den Geflüchteten Mut, ihre beruflichen Ziele zu verfolgen und geben ihnen Rückenwind, wo immer es geht. So manchem müssen sie aber auch die Illusionen rauben. „Wir haben beispielsweise unter den Geflüchteten in unseren Kursen einige Jurastudenten, Anwälte oder Richter“, sagt Integrationscoach Christine Mertens, die Koordinatorin der verschiedenen DAA-Maßnahmen für Geflüchtete. „Gleich am

ersten Kurstag mache ich ein trauriges Gesicht und sage: ‚Jura – schade.‘ Denn egal, wie gut sie juristisch qualifiziert sind, es ist hier in Deutschland leider nichts wert. Und es ist wichtig, dass die Leute das wissen.“ Dann gilt es, Alternativen zu erarbeiten statt sich in Sackgassen zu verrennen. Realistisch zu schauen: Welche Berufschancen gibt es? Andere bringen berufliche Abschlüsse mit, die ihnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bessere Chancen eröffnen. Wie Adhem Tokani, ein Teilnehmer im KompAS-Kurs. Der 23-jährige aus Syrien hat in seiner Heimat Mechatronik studiert und mit diesem Abschluss, der in Deutschland anerkannt wird, zum 1. April 2017 bei einer Firma für Kassensysteme eine Arbeitsstelle bekommen.

## Zielstrebig zum Ausbildungsplatz

Auch Martine Kanou hat schnell eine Stelle gefunden, obwohl sie weitaus schlechtere Voraussetzungen hatte. Vor zwei Jahren floh die jetzt 24-Jährige aus Syrien nach Deutschland. Hier angekommen, musste sie quasi zurück auf Los. Ihr Studium in Betriebswirtschaft hatte sie nicht beenden können. Ohne Ausbildung und ohne Sprachkenntnisse sah die Zukunft nicht vielversprechend aus. Aber Martine hat ein Erfolgsrezept, auf das sie schwört: „Lernen, lernen, lernen“, sagt sie. „Ich habe viel Energie ins Sprachenlernen gesteckt, viele Zeitungsartikel gelesen und abgeschrieben.“ Im September vorigen Jahres hat sie eine Ausbildung als Kauffrau für Büromanagement begonnen – direkt bei der DAA in Duisburg. Peter Horster war auf der Suche nach einer Praktikantin gewesen, die gut

Deutsch und Arabisch kann. Die zielstrebige junge Frau aus den Reihen der Kursteilnehmerinnen fiel ihm positiv auf. „Sie hat unglaublich viel und hart gearbeitet und war im PerF-Kurs als Übersetzerin für andere Teilnehmer ein tolles Vorbild, weil sie nach zwei Jahren schon so gut Deutsch spricht.“

Anwar Abdulrahman und ihre Schwester Shefaa kommen wie Martine Kanou ebenfalls aus Syrien und nehmen seit Oktober 2016 am KompAS-Kurs teil. Die 27-jährige Anwar hat in der Heimat eine Management- und Marketingausbildung gemacht und Architektur studiert, ihre vier Jahre jüngere Schwester hat ein Studium in Kommunikationstechnik und eine zweijährige Ausbildung zur Apothekerin absolviert. Beide möchten hier weiterstudieren. Doch ihr Deutsch ist noch sehr ausbaufähig. Ihre erste Station in Deutschland war ein abgelegenes Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie keine Chance hatten, an einem Deutschkurs teilzunehmen. Bei KompAS, das die DAA in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anbietet, haben sie jetzt jeden Tag vier Stunden Sprachunterricht in Kombination mit Coaching, praktischen Trainings und anderen Kursangeboten. Und was sie besonders gut finden: „Die Lehrerinnen helfen uns immer sehr, wenn wir Fragen oder Probleme haben.“





DAA-Leiter Peter Horster (rechts) mit Martine Kanou, Christine Mertens, Adla Ben Tahar (Integrationscoach und Dolmetscherin), Shefaa Abdulrahman, Adhem Tokani, Christin Kroihler-Schühle, Anwar Abdulrahman und Jorge Elgueta de la Paz.

Christin Kroihler-Schühle, KompAS-Koordinatorin, Integrations- und Jobcoach, sieht, wie engagiert die beiden bei der Sache sind und welche Fortschritte sie machen. „Es ist ja schon eine riesige Umstellung von der arabischen Schrift auf die deutsche“, sagt sie. Durch die Arbeit mit den Flüchtlingen verstehe sie jetzt viel besser, wie das Leben in deren Heimat war und wie anders es jetzt für sie hier ist. Darum gehört auch soziale Begleitung zu den DAA-Kursen. Telefonverträge, Rechnungen, Anträge des Jobcenters – all das sind Dinge, bei denen viele der Geflüchteten Unterstützung brauchen, erst recht wenn sie in ihrer Heimat nicht die Chance hatten, lesen und schreiben zu lernen und hier ganz bei Null anfangen. Gleichzeitig sei es dem DAA-Team wichtig, die Kursteilnehmenden zur Eigeninitiative zu befähigen und herauszufinden: Was möchte ich machen? Wo habe ich Chancen? Wo möchte ich Gas geben? Wie kann ich fehlende Papiere besorgen oder Qualifikationen nachholen? So unterschiedlich die Flüchtlinge

und ihre Lebenswege auch seien, alle hätten das Ziel, auf eigenen Füßen zu stehen, sich selbst und ihre Familien aus eigener Kraft zu ernähren.

### „Es ist nicht einfach für die Betriebe“

„Wir ziehen alle an einem Strang“, sagt DAA-Leiter Horster. Er findet es enorm wichtig, bei der Suche nach Arbeit für die Flüchtlinge darauf zu achten, dass sie nach einer ausreichenden Vorlaufzeit für Spracherwerb und Bildung auf wirklich passende Stellen vermittelt werden und nicht einfach in die erstbesten Jobs. Manchmal brauche es da auch Zwischenschritte. Aber es lohne sich, in tragfähige, längerfristige Lösungen zu investieren. Die Integration der Flüchtlinge ins Berufsleben erfordere nämlich von beiden Seiten große Anstrengungen, von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern: „Man sollte den Betrieben nicht sagen, dass es einfach ist. Man muss sich definitiv mehr kümmern. Manchmal muss man etwas zwei oder dreimal erklären, weil es noch sprachliche Barriere

ren gibt.“ Was die Integrations- und Jobcoachs der DAA sich vor allem wünschen, ist der Abbau von Barrieren, die eine Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gravierend erschweren und sie am Vorankommen hindern. „Es wäre gut, wenn man Teilqualifikationen anerkennen könnte“, sagt Christine Mertens. „Wenn jemand zuhause im Familienbetrieb gearbeitet hat, aber keine formale Ausbildung hat, wäre es hilfreich, wenn diese praktischen Fähigkeiten unterhalb eines formalen Bildungsabschlusses auf geeignete Weise dokumentiert und sichtbar gemacht werden könnten, damit beispielsweise ein Einstieg in Helferjobs und eine daran gebundene Qualifizierung leichter wird. Das würde vielen deutlich bessere Perspektiven geben.“

Text und Foto: Ulrike Bauer

DAA Duisburg/Moers/Wesel/  
Rheinberg/Kamp-Lintfort/Dinslaken  
47053 Duisburg  
Tel.: 0203/60006-15  
E-Mail: peter.horster@daa.de  
[www.daa-duisburg.de](http://www.daa-duisburg.de)

# Zukunftsperspektiven für Geflüchtete

Hilfe für Geflüchtete bieten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern wie Irak und Libanon. Beispielhaft stellen wir drei Projekte kurz vor, die mit Geldern der Aktion Deutschland Hilft gefördert werden und dem Empowerment der Geflüchteten dienen.

Im Libanon führt arche noVa –Initiative für Menschen in Not e.V. in der Bekaa Ebene ein Schulprojekt für syrische Kinder durch. Aufgrund von Absprachen mit zuständigen Behörden haben die Zeugnisse Gültigkeit im Libanon und in Syrien, damit die Kinder bei einer Rückkehr an das bisher Erlernte anknüpfen können und damit eine Zukunftsperspektive erhalten. Die Lehrkräfte kommen aus Syrien und haben nach ihrer Flucht durch das Projekt erstmals wieder die Möglichkeit, ein geregeltes Einkommen zu erarbeiten, ihre berufliche Laufbahn fortzusetzen und sich weiterzubilden.

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. haben in der Region Kurdistan im Nordirak in drei Flüchtlingslagern sogenannte Child Friendly Spaces (kinderfreundliche Orte) etabliert, wo es täglich Angebote für traumatisierte Kinder gibt. Diese werden von lokalen Pädagogen und Pädagoginnen gestaltet, die für diese Aufgabe aus-

und weitergebildet werden. Über 20 von ihnen konnten schon fest angestellt werden. Viele von ihnen leben selbst als Flüchtlinge in den Lagern. Durch die traumapädagogische Arbeit helfen sie nicht nur den Kindern, sondern haben auch die Möglichkeit, ihre eigenen Erlebnisse aufzuarbeiten und Traumata zu bewältigen. Zudem erleben sie wieder Selbstwirksamkeit, Selbstständigkeit und das Gefühl, anderen zu helfen und etwas zu bewirken.

HelpAge Deutschland e.V. engagiert sich in Pakistan für besonders schutz- und unterstützungsbedürftige alte, chronisch kranke und behinderte Menschen, die aus Afghanistan und aus den Stammesgebieten im pakistanisch-afghanischen Grenzland nach Pakistan geflohen sind. Von der pakistanischen Regierung werden sie seit verganginem Jahr verstärkt „freiwillig“ zurückgesiedelt, haben aber in den „Herkunftsorten“ meist keinerlei Perspektive, sich ein neues Leben aufbauen



Traumapädagogische Hilfen für Kinder in nordirakischen Flüchtlingslagern.

Foto: Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.

zu können. HelpAge leistet medizinische Versorgung und hilft den Menschen, wieder mobiler zu werden und am sozialen Leben teilzuhaben, etwa durch Gehstöcke, Rollstühle, Rollatoren und Hörgeräte oder Augenoperationen. Trainings in bestimmten Berufsfeldern und finanzielle Starthilfen zur Gründung eines kleinen Unternehmens befähigen die Menschen zudem, sich und ihre Familien zu versorgen.

Nähere Informationen:

[www.arche-nova.org](http://www.arche-nova.org)

[www.freunde-waldorf.de](http://www.freunde-waldorf.de)

[www.helpage.de](http://www.helpage.de)

## Mittel der „Aktion Deutschland Hilft“ für Flüchtlingsfrauen

Der Paritätische Gesamtverband fördert über seine Mitgliedschaft im Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ neben Projekten in Herkunfts- und Transitländern von Geflüchteten auch Hilfsmaßnahmen Paritätischer Mitgliedsorganisationen in Deutschland. Einen Schwerpunkt der mit ADH-Mitteln geförderten Maßnahmen bilden Pilotprojekte mit traumatisierten und von Gewalt betroffenen Frauen mit Fluchterfahrungen. Gefördert werden in diesem Bereich Mit-

gliedsorganisationen, die zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote entwickelt haben.

Die Projekte fördern den Aufbau von Selbsthilfegruppen, therapeutischen Angeboten sowie die Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften. Auch die mobile Beratung in Flüchtlingsunterkünften spielt eine zentrale Rolle. Sozialpädagoginnen des Frauenhauses Göttingen e.V. suchen zum Beispiel im Rahmen ihres

Projekts geflüchtete gewaltbetroffene Frauen und deren BetreuerInnen in den Unterkünften auf und informieren direkt und situationsgerecht zum Thema Häusliche Gewalt. Das Frauenzentrum Cottbus e.V. hat das „Frauen-Café Internationale“ initiiert – ein offenes und niedrigschwelliges Angebot für Flüchtlingsfrauen, die sich regelmäßig zu gemeinsamen Aktivitäten und zum Erfahrungsaustausch treffen.



# Integration und Sprache sind eng verknüpft

Die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) ist so etwas wie eine „Integrationsagentur“. Transnationale Kooperation, internationaler Austausch, interkulturelle Begegnung und Fremdsprachenunterricht sind wichtige Arbeitsschwerpunkte. Aber auch Arbeitsmarktprojekte – nicht nur für Migrantinnen und Migranten – sowie Angebote für Kinder und Jugendliche gehören dazu. Gleichzeitig ist die BBAG ein regional bedeutender Anbieter von Integrationskursen für Geflüchtete und Zugewanderte. Dabei geht es neben der Orientierung über das Leben in Deutschland vor allem um den Erwerb der deutschen Sprache. Denn die ist immens wichtig, um beruflich Fuß fassen zu können.

Unterricht in den Geschäftsräumen der BBAG in Potsdam und Brandenburg (Havel): Hier haben nicht nur die Dozentinnen und Dozenten, sondern auch viele der in anderen Bereichen tätigen Angestellten selbst einen Migrationshintergrund. Das gilt auch für Iris Dana, die den Sprachbereich am Potsdamer Standort leitet und koordiniert. Sie ist Griechin und hat in Berlin unter anderem Deutsch als Fremdsprache studiert. Iris Dana achtet darauf, dass die Lehrkräfte bestens qualifiziert sind und den Unterricht mit Gruppen- und Frontalunterricht oder Einzelbeschäftigung, unterschiedlichen Medien und Methoden abwechslungsreich gestalten. Das Ziel der Integrationskurse: In 600 Stunden – ein halbes Jahr wird dafür kalkuliert – soll das Kompetenzniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) und damit eine „fortgeschrittene Sprachverwendung“ erreicht werden. Wer das nachweisen kann, gilt als hinreichend qualifiziert – nicht nur für die Erwerbstätigkeit allgemein, sondern auch für den Beginn einer Berufsausbildung.

## Überschätzter Kenntnisstand

Das ist, wie Geschäftsführer Kilian Kindelberger erklärt, für die individuell ganz unterschiedlichen Familienverhältnisse, Bildungsvoraussetzungen und Berufsziele viel zu pauschal. Mütter zum Beispiel könnten an den Kursen oft nicht teilnehmen, weil es kein Personal für die Kinderbetreuung gibt. Hinzu komme: „Die meisten Flüchtlinge haben die Schule in der Heimat nur

sechs bis acht Jahre besucht. Sie sind das Lernen nicht gewohnt. Außerdem müssen sich viele neben der Sprache auch das lateinische Alphabet aneignen, weil in ihren Herkunftsländern kyrillisch oder arabisch geschrieben wird. Und manche können auch überhaupt nicht lesen und schreiben.“ Bei Bedarf erhalten Flüchtlinge mit Anspruch auf Integrationskurse – also anerkannte Asylbewerber und -bewerberinnen und solche mit guter Anerkennungsprognose („Bleibeperspektive“) – zwar bis zu 300 Stunden Zusatzunterricht für den Schriftspracherwerb, für den deutschen Arbeitsmarkt genüge das aber in der Regel nicht. Manchmal reichten die Kenntnisse nicht einmal, um die oft kompliziert formulierten arbeits- oder ausbildungsvertraglichen Regelungen zu verstehen. Die Folgen: Frustration sowohl bei der Wirtschaft als auch bei den Flüchtlingen. „Denn wenn ihnen später klar wird, was sie da unterschrieben haben, steigen viele wieder aus. Oder die Azubis sind im Berufsschulunterricht ständig überfordert“, sagt Kindelberger. Auch die Lehrkräfte der Berufsschulen seien darauf nicht eingestellt, und irgendwann ende die Ausbildung dann ohne Abschluss.

## Unterschätzter Bedarf und mangelnde Flexibilität

Für andere ist ein B1-Sprachzertifikat schon formal nicht hinreichend. Randah Sakaan und Reem Abo Abd Allah sind aus Syrien geflüchtet. Randah kann ein abgeschlossenes Studium der Kunstpädagogik vorweisen und hat in Aleppo

bereits an einer Montessorischule unterrichtet. Ein Jahr ist sie jetzt in Deutschland. Aber es wird noch dauern, bis sie das benötigte B2-Niveau erreicht hat und wie gewünscht als Kunstlehrerin – ein Mangelfach in Brandenburg – an einer Grundschule arbeiten kann. Reem hat, obwohl sie erst 19 Jahre alt ist, in der Heimat bereits ein Jahr Bauingenieurwesen studiert. Dieses Studium möchte sie hier fortsetzen. Mit dem bereits erworbenen B1-Sprachniveau hat sie keine Zulassungschance: Ein C1-Zertifikat (fachkundige Sprachkenntnisse) ist Mindestvoraussetzung. Die dafür nötigen weiterführenden Kurse müsste sie selbst bezahlen. Zwar könnte sie die Kosten für ihre Sprachkurse abarbeiten, aber sie erhält keine Arbeitserlaubnis.

## Arbeitslosigkeit bedeutet Isolation

Für den 32-jährigen Iraner Sabah Jaffari wiederum ist die mangelnde Flexibilität der Wirtschaft das Problem. Als gut qualifizierter Hardware-Computeringenieur hat er hier zwar gleich nach der Ankunft einen Job gefunden. Er hat aber keine Arbeitserlaubnis bekommen, weil er den verpflichtenden Integrationskurs noch nicht absolviert hatte. Die Möglichkeit, den Arbeitsumfang zu reduzieren, um parallel die Sprache zu erlernen, bekam er nicht. Der Iraner leidet nicht nur unter der erzwungenen Arbeitslosigkeit, sondern auch unter der damit einhergehenden Isolation: „Mein Deutsch ist schlecht“, stellt er fest, „ich muss mehr sprechen, um es zu lernen. Aber mit wem?“ Denn ohne Job und deutschsprachige Bekannte gibt es für ihn kaum Gelegenheit zur Konversation. >>



Iris Dana (rechts) sucht mit einem Schüler nach einer Sprachübung.

### Mangel an psychosozialer Unterstützung

Ein weiteres Problem: Auch in den Kursen machen sich die psychischen Belastungen der Flüchtlinge bemerkbar, die erlittenen Traumata und die Sorge um die Zurückgebliebenen. „Es gibt keine psychosoziale Unterstützung“, stellt Iris Dana fest, und auch die Kooperation mit den Migrationsberatungsstellen sei nicht optimal. Die Dozentinnen und Dozenten helfen, so gut sie können. „Aber manchmal“, so Dana, „spitzen sich die Konflikte zu, und man weiß nicht, wie

man helfen soll.“ In der BBAG versucht man, dem mit angenehmer Unterrichts Atmosphäre etwas entgegenzusetzen. „Wir möchten, dass es den Teilnehmern gut geht, dass sie sich hier wohl und sicher fühlen. Sie sollen ihre Kurse mit einer Menge neuer Kenntnisse und Hoffnung auf die Zukunft abschließen können“, sagt Iris Dana. Dafür wird auch jenseits der Vermittlung von Präpositionen und Vokabeln einiges getan: In den Sprachkursen ist die Atmosphäre freundlich und familiär, alle duzen sich. Der regelmäßige Kontakt mit der Heimat

und die Gelegenheit zu unabhängiger Information sollen die schlimmsten Ängste beruhigen. Dafür können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer freitags die üblicherweise im Unterricht verwendeten Netbooks für die Vorbereitung auf die Prüfung aber auch für ihre persönlichen Interessen nutzen. Sie können dann mit der Familie und den Freunden skypen.

### Vernetzung hilft bei Jobsuche

Arjan Klogjei hat schon von der guten Vernetzung der BBAG profitiert. Der 32-Jährige kommt ursprünglich aus dem ländlichen Albanien. Er hat aber zwischendurch zehn Jahre in Griechenland gelebt und dort für einen Club professionell Fußball gespielt. Das geht aufgrund eines Gelenkproblems heute nicht mehr. Er ist trotzdem guter Dinge: „Wenn ich hier fertig bin“, sagt er, „lerne ich Maler und Lackierer. Darauf freue ich mich.“ Er weiß, dass ihm der Job Spaß machen wird, denn ein von der BBAG vermitteltes Berufspraktikum hat er bereits absolviert.

Text und Foto: Daniela Bakos

Berlin-Brandenburgische  
Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.)  
14482 Potsdam  
Iris Dana, Koordination-/Leitung  
Tel.: 0331/74 000 979  
E-Mail: [dana@bbag-ev.de](mailto:dana@bbag-ev.de)  
[www.bbag-ev.de](http://www.bbag-ev.de)

## Paritätische Perspektiven – Die Zukunft der Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten

Wichtige Impulse für das weitere Engagement des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen zur Unterstützung geflüchteter Menschen gab Ende März die fachübergreifende Flüchtlingskonferenz des Gesamtverbands mit dem Titel „Paritätische Perspektiven – Die Zukunft der Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten“. In Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden ging es unter anderem um folgende Themen: Unter-

bringung und Wohnen, Spracherwerb und Zugang zu Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt, gesundheitliche Versorgung, ehrenamtliches Engagement, Vernetzung und neue Bündnisse, interkulturelle Öffnung, Rassismus und Rechtsextremismus, Abschiebung und Rückkehrförderung sowie die europäische Asylpolitik und deren Auswirkungen sowohl auf Deutschland als auch auf Afrika. Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamt-

verbands, betonte zur Eröffnung der Konferenz, Deutschland sei mit der enormen Zahl der Menschen, die seit Sommer 2015 hier Schutz gesucht haben, vor eine große Bewährungsprobe gestellt worden, die das Land im Wesentlichen gut bestanden habe: „Menschen und Kommunen haben Unglaubliches geleistet“, sagte Rolf Rosenbrock. Das große ehrenamtliche Engagement für die Flüchtlinge sei ein Beweis für die Vitalität der Zivilgesellschaft. Parallel gebe es aber auch





Prof. Dr. Petra Bendel vom Zentralinstitut für Regionenforschung: „Vielen Geflüchteten ist es wichtig zu sagen: Danke Deutschland!“



Breschkai Ferhad vom Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.: „Menschen werden angespuckt, ihnen wird das Kopftuch vom Kopf gerissen.“



Dr. Constantin Hruschka von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe: „Wir müssen stärker auf ethische Werte setzen. Rechte kann man verändern.“



Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands: „Wir müssen die vielen Beispiele für gelungene Integration zeigen.“

einen Politikwechsel, den Rosenbrock mit zwei Begriffspaaren skizzierte: von der Willkommenskultur zu Festung Europa. Vom Flüchtlingsschutz zum Schutz vor Flüchtlingen. Der Paritätische engagiere sich in vielfältiger Weise für eine humane Flüchtlingspolitik, für faire Asylverfahren und eine flächendeckende unabhängige Verfahrensberatung, für die Verbesserung der Familienzusammenführung und für den gleichberechtigten Zugang zu Integrationsmaßnahmen für alle Asylsuchenden von Anfang an, sagte Rosenbrock. Maßstab sei für den Verband die Menschenwürde. Professorin Dr. Petra Bendel, Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Regionen-

forschung, präsentierte zwei Studien, die die Bedürfnisse und Wünsche von Geflüchteten in den Mittelpunkt stellen. Demnach berichteten Geflüchtete insbesondere von den schlechten Lebensbedingungen in den Unterkünften, einem Mangel an Informationen zum Asylverfahren, Ungewissheit und Perspektivlosigkeit. Um die Integrationsmöglichkeiten für Geflüchtete zu verbessern, brauche es vor allem eine Öffnung der Regelsysteme, aber auch soziale Kontakte und gesellschaftlichen Anschluss. Breschkai Ferhad vom Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen berichtete vom Rassismus, den viele Flüchtlinge und Migranten erleben, und wünschte sich, dass „wir in Deutschland lernen, dass Deutsch-Sein bedeutet, ganz viele Identitäten haben zu können“. Wichtig sei es, reale Teilhabe für Geflüchtete und Migranten und deren Organisationen zu ermöglichen.

und der Kommunikation zu schaffen. Dr. Constantin Hruschka von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe unterstrich in seinem Vortrag die Bedeutung der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention für die europäische Asylpolitik. Sophia Wirsching von Brot für die Welt widmete sich der Frage, welche Maßnahmen der Europäischen Union sich hinter dem Stichwort der „Fluchtursachenbekämpfung“ verbergen und welche Folgen diese für Schutzsuchende sowie die betroffenen Länder haben.

Die Tagungsdokumentation steht auf [www.migration.paritaet.org](http://www.migration.paritaet.org)



Sophia Wirsching von Brot für die Welt: „Entwicklungsgelder werden zunehmend an Migrationskontrolle geknüpft.“

In einer bewegenden Rede schilderte Fadumo Musa Afrah, aus Somalia stammende Aktivistin, wie wichtig es für Geflüchtete ist, aus der unfreiwilligen Passivität herauszukommen und sich als Teil der Gesellschaft zu erleben. Um Barrieren zwischen den Menschen abzubauen, sei es vor allem nötig, Möglichkeiten der Begegnung



Aktivistin Fadumo Musa Afrah (rechts): „Man muss die Menschen zusammenbringen.“ Fotos: Janina Trebing, Ulrike Bauer



Im Gespräch (von links): Christian Woltering (Hauptreferent des Paritätischen), Günter Burkhardt (Pro Asyl), Sidonie Fernau (Leiterin der Stabstelle Diversität und Migration des Paritätischen Hamburg und Moderatorin des Kongresses), Katharina Lumpp (UNHCR) und Harald Löhlein (Abteilungsleiter Migration und internationale Kooperation beim Paritätischen)



Angeregte Diskussionen im World Café



# Beratung auf Augenhöhe

Das Benjamin Franklin Village in Mannheim-Käfertal: In der Vergangenheit lebten Angehörige der US-Armee und ihre Familien in der weitläufigen Siedlung. Heute dient das kasernenartige Areal dem Land Baden-Württemberg als sogenannte Bedarfserstaufnahmeeinrichtung, kurz BEA. Betreiber ist das Deutsche Rote Kreuz. Aktuell haben hier etwa 1.500 Menschen aus rund 40 Ländern eine Bleibe, bis es zur nächsten Unterbringung weitergeht. Wenn es denn weitergeht, wenn ein Bleiberecht zuerkannt wird. Doch was ist, wenn nicht? Wie funktioniert das überhaupt mit dem Asylantrag? Wie mit der Familienzusammenführung? Welche Unterstützungen kann ich bekommen? Fragen über Fragen, auf welche die Neuankömmlinge Antworten brauchen. Und die sie in der ehemaligen High School der US-Siedlung, gleich neben dem Kindergarten, bekommen. Dort hat der Freundeskreis Asyl Karlsruhe seine Verfahrens- und Sozialberatung eingerichtet.

## Auskunft in 40 Sprachen

Es herrscht ein ständiges Kommen und Gehen. An Tischen mit Laptops sitzen die Berater mit ihren Klienten aus Westafrika, Afghanistan, aus dem Mahgreb oder aus Nicht-EU-Ländern des Balkan. Die qualifizierten Frauen und Männer des fka können in rund 40 Sprachen Auskunft geben. Die meisten von ihnen sind Migranten und ehemalige Flüchtlinge, die oft ein ähnliches Schicksal haben wie ihre Gesprächspartner. Das schafft Vertrauen. „Wir machen Beratung auf Augenhöhe“, betont Geschäftsführerin Priska Löhr.

Doch rasche, befriedigende Lösungen können auch die kundigsten Beratern angesichts der wechselnden Gesetze und Bestimmungen zum Thema

Was ist das Problem, und wie können wir es aus der Welt schaffen? Von dieser Frage lässt sich der Freundeskreises Asyl Karlsruhe (fka) in der Flüchtlingshilfe leiten – und nicht nur bei der Verfahrens- und Sozialberatung. Herauskommen dabei auch unkonventionelle Lösungen, zum Beispiel die Gründung eines Bewohnerbeirats in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder das Angebot von Tandem-Workshops für Geflüchtete und ehrenamtliche Paten.

Asyl nicht herbeizaubern. Als Flüchtling in Deutschland braucht man Geduld. Das Warten, das Unbestimmte, zerrt an den Nerven. Das enge Nebeneinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft, das Nichtverstehen des anderen, erzeugt Spannung. „Es gab immer wieder Konflikte unter den Bewohnern oder zwischen Flüchtlingen und dem Sicherheitsdienst“, sagt Jessica Ruhe vom Leitungsteam des fka in der BEA Mannheim.

## Beirat als eine Art Mitbestimmung

Aus den Überlegungen, wie sich diese Situation entschärfen lässt, erwuchs die Idee zu einem Bewohnerbeirat: ein Gremium, dessen Mitglieder von den in der BEA vertretenen Nationen gewählt werden. Der Beirat ist das Ohr der Flüchtlinge, die ihren Vertretern dort die Sorgen und Wünsche anvertrauen und auf diesem Weg eine Art Mitbestimmung ausüben können. Umgekehrt versteht es auch der Beirat, unter den Bewohnern für Verständnis für bestimmte Regeln, zum Beispiel die Ausweiskontrolle, zu werben. „Die Mitglieder des Beirats sind näher dran an den Leuten“, so Jessica Ruhe. Obwohl erst im November 2016 ins Leben gerufen, habe sich der Beirat bereits bewährt. Die Auseinandersetzungen im Village sind deutlich zurückgegangen. Um ihr Mandat wahrnehmen zu können, werden die gewählten Vertreter der Flüchtlinge durch Coaches professionell in Kommunikation, Konfliktlösung und Selbstbehauptung geschult. Das Gremium tagt einmal pro Woche, die Mitglieder verständigen sich auf Englisch.

Verbesserungsvorschläge seitens der Flüchtlinge werden über den fka an das DRK als Betreiber, an das Regierungspräsidium als Repräsentanz des Landes oder an den Sicherheitsdienst herangetragen. Beiratsmitglied Ehis Godwin aus Nigeria nennt als Beispiel die Mahlzeiten, die zentral an die Bewohner ausgegeben werden: „Wir hatten bemerkt, dass relativ viel Essen weggeworfen wurde. Die Leute waren es nicht gewohnt.“ Also schlug der Beirat vor, dem Cateringunternehmen Rezepte aus den unterschiedlichen Kulturen zu geben und so das Essen attraktiver zu machen. „Der Caterer war richtig happy über die Anregung“, freut sich Ehis Godwin. Der ausgebildete Lehrer, der in Nigeria auch bei einer Bank gearbeitet hat, gehört dem Beirat seit Gründung an. Er hat mittlerweile als „ehrenamtlicher Praktikant“, so Jessica Ruhe, die Aufgabe eines Assistenten im Beirat übernommen. „Ich helfe den neugewählten Mitgliedern, dass sie ihren Job verstehen“, erklärt der 37-Jährige. Für diesen „Job“ erhalten die Gewählten am Ende ein Zertifikat. „Das ist motivierend für deren künftige berufliche Entwicklung“, betont Jessica Ruhe.

## Von Geflüchteten für Geflüchtete

Eine wesentliche Aufgabe des Beirats besteht darin, Aktivitäten ins Leben zu rufen, Veranstaltungen und Angebote von Flüchtlingen für Flüchtlinge, zum Beispiel Konzerte und Sportmöglichkeiten. „Die Leute müssen sich mit etwas beschäftigen, das macht sie glücklich“, weiß Ehis Godwin. „Wir ermuntern die Bewohner dazu, eigene Ideen



Ehis Godwin vom BEA-Beirat im Gespräch mit Jessica Ruhe vom Leitungsteam des fka.

einzubringen“, ergänzt Jessica Ruhe. Begeistert erzählt sie von einem Fußballturnier im Village mit zwölf Mannschaften und 500 begeisterten Zuschauern, bei dem die Flüchtlinge alles selbst auf die Beine stellten: vom Trikot-Waschen über die „Stadion-Security“ bis zur Erste-Hilfe-Krankenschwester.

Auf die etwa 300 Frauen unter Flüchtlingen richten fka und Beirat ein besonderes Augenmerk, vor allem auf die allein-stehenden. Frauen können eine eigene Beratung in Anspruch nehmen und haben Rückzugsmöglichkeiten. Das Village sei männerdominiert, „da fühlen sich die Frauen ungeschützt“, sagt Marsha Figueroa vom Beratungsteam. Es gibt auch einen Deutschkurs für Frauen mit Kinderbetreuung, „sonst bleiben die Frauen weg“, erklärt die Sozialpädagogin. Aus dem, was die Beraterinnen und Dolmetscher hören, leiten sich wieder Projekte ab. Ein Beauty-Kurs zum Beispiel, weil etliche Frauen sich nach monatelanger Flucht einfach mal wieder schön machen wollen. Oder der Wunsch nach einem Zumba-Kurs, den eine Frau aus Nigeria als Lehrerin übernahm.

### Teilhabe endet nicht am Zaun

Die Teilhabe der Flüchtlinge im Benjamin Franklin Village lässt der fka nicht am Zaun der BEA enden. Im Gegenteil: Bewohner machten beim Freiwilligentag in Mannheim mit einem Konzert und selbstgekochem Essen auf sich aufmerksam. Andere unterstützen den

Bürgerverein bei der Pflege der Gartenanlage. In einem Kunstworkshop des Kulturhauses Käfertal schufen Flüchtlinge eine Skulptur aus Fahrradteilen für die Ausstellung „200 Jahre Fahrradstadt Mannheim“. „Solche Aktionen sind für die Flüchtlinge eine Bestätigung. Sie sehen, dass auch sie hier eine Rolle spielen“, betont der zuständige fka-Mitarbeiter, Klaus Metzger-Beck.

### Fortsetzung angestrebt

Das Engagement des Freundeskreises Asyl Karlsruhe in der BEA Mannheim ist zeitlich begrenzt. Die Flüchtlingszahlen sind stark zurückgegangen, daher soll die Einrichtung im Laufe des Jahres 2018 geschlossen werden. Was dann? Diese Frage treibt den Verein derzeit um. Zwar liegt die Verfahrens- und Sozialberatung in der Landeserstaufnahme Karlsruhe weiterhin in seinen Händen. Aber der Verein beschäftigt mittlerweile rund 50 Leute, überwiegend Zugewanderte, „die in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind“, so Geschäftsführerin Priska Löhr. Das „ungeheure Potenzial“ der qualifizierten multinationalen Kräfte dürfe nicht ungenutzt bleiben. Derzeit bekommt der Verein nur die Beratung in den Erstaufnahmen vom Land finanziert. Aber viele Flüchtlinge halten noch nach dem Transfer in die kommunale Anschlussunterbringung (AU) Kontakt zu ihren früheren Ansprechpartnern. Das bestätigt den Verein in seiner

Überzeugung, dass die Fortsetzung vor allem der Verfahrensberatung im Anschluss an die Erstaufnahme zwingend notwendig sei.

Eine Richtung, in die die Arbeit des Freundeskreises verstärkt gehen könnte, deutet die Kooperation des fka mit Eggenstein-Leopoldshafen an. In der Gemeinde nahe Karlsruhe hat der Verein jetzt die Integrationsbetreuung im Rahmen der AU übernommen. „Die Kommunen sind auf solche Aufgaben nicht vorbereitet“, sagt Philipp Jänicke, als Leiter Bürgerdienste im Rathaus mit Flüchtlingsfragen befasst. Sie bräuchten die Unterstützung von Profis wie vom fka, von Ehrenamtlichen wie den Paten und von Flüchtlingen wie Nazir Nakshbandi.

### Glückliche Entwicklung

Der 37-jährige Syrer gelangte nach der Erstaufnahme in Heidelberg und einer Gemeinschaftsunterkunft in Rheinstetten nach Eggenstein. Mit Hilfe seiner Patin lebte er sich gut ein, fand einen passenden Sportverein und eine Wohnung und suchte immer Möglichkeiten, sein Deutsch anzuwenden. „Ich habe hier viele Leute kennengelernt“, so Nazir Nakshbandi. Mittlerweile ist er wieder mit seiner Frau und seinen beiden Kindern vereint und hat mit Unterstützung des fka auch beruflich Fuß gefasst. Die Gemeindeverwaltung ermöglichte dem gelernten Buchhalter erst ein Praktikum und gab ihm danach eine auf ein Jahr befristete Dreiviertelstelle: Eine halbe Stelle ist in der Kämmerei angesiedelt, wo Nazir Nakshbandi bei der Umstellung auf eine neue Haushaltsführung hilft. Das Rechenamt hatte ihn schon als Praktikanten nach zwei Tagen nicht mehr hergeben wollen. Die übrige Viertelstelle widmet er sich der Flüchtlingsarbeit, als wichtiges Bindeglied zu den Geflüchteten in der AU. Nazir Nakshbandi und seine Familie sind an ihrem neuen Lebensort angekommen.

Bernd Kleiner

Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V.  
Tel.: 0721/9663937  
E-Mail: [freundeskreis.asyl@web.de](mailto:freundeskreis.asyl@web.de)  
[www.freundeskreis-asyl.de](http://www.freundeskreis-asyl.de)



Farzad Sadeghi mit seiner Patin Maria Baumeister-Houlding (rechts) und Brigitte Speidel-Frey, der Koordinatorin des Freundeskreises Flüchtlinge.



## „Wir lernen gegenseitig voneinander“

**K**aum hat Farzad Sadeghi die Haustür aufgeschlossen, drängt sich auch schon Amos freudig bellend durch den Spalt, um den jungen Mann zu begrüßen. Hunde als Haustiere, das kannte der Iraner früher nur aus dem Fernsehen: In ausländischen Spielfilmen kamen die manchmal vor. Jetzt gehört der Border Collie Amos ganz selbstverständlich zu seinem Leben. Denn er ist der treue Begleiter von Maria Baumeister-Houlding. Und die ist Farzads Patin. „Aber eigentlich ist Maria eher wie eine große Schwester für mich“, betont der 26-Jährige. „Sie hilft mir sehr. Sie kennt sich ja hier gut aus, hat viele Kontakte und weiß, wen man ansprechen kann, wenn man etwas braucht.“ Preiswerte Möbel beispielsweise, denn Farzad richtet gerade seine neue Wohnung ein. Nach zwei Jahren in der Flüchtlingsunterkunft endlich ein eigenes Zuhause!

### Viel Sympathie und Vertrauen

Bekommen hat er die begehrte kleine Wohnung auch nur, weil Maria sich mächtig ins Zeug gelegt hat. „Dafür gehe ich ihm jetzt ein bisschen auf die Nerven“, scherzt sie. Die Küche ist

nämlich noch nicht eingerichtet. Und darüber, was man da alles braucht, gehen die Meinungen zwischen den beiden ein bisschen auseinander, selbst wenn Maria von sich behauptet, das Kochen auch nicht so wichtig zu nehmen. „Entscheiden muss er letztlich selbst, ich kann ihm ja nur einen Rat geben“, schließt sie fürs Erste diplomatisch das Kapitel ab. Die beiden können es sich leisten, über Meinungsverschiedenheiten zu witzeln: Die Beziehung, das wird schnell deutlich, ist von gegenseitiger Sympathie getragen. Und von Vertrauen. „Das ist einfach gewachsen. Farzad ist für mich wie ein Neffe“, sagt Maria. „Ich freue mich immer wenn er kommt. Aber er muss nicht kommen. Ich bin keine Glücke.“ Gleichwohl ist es auch schön für sie zu wissen, dass Farzad ihr dann und wann mal hilfreich zur Seite steht: Hin und wieder mit dem Hund spazieren geht, oder mit Freunden gegen ein Taschengeld etwas im Garten macht. „Man muss das ja nicht übertreiben.“ Kennengelernt haben die beiden sich über den Freundeskreis Flüchtlinge in Rödermark, der Patenschaften zwischen „Neubürgern und Alteingesessenen“ vermittelt, wie Maria sagt. „Ich mag weder den Begriff Flüchtlinge noch

Geflüchtete“. Ohnehin nennt sie die Menschen ja sowieso beim Namen. Neben Farzad kümmert sie sich noch um Fisum, Haben und Feresalam. Die beiden jungen Männer und die junge Frau kommen aus Eritrea. Wie Farzad sind sie gerade dabei, in der neuen Heimat Fuß zu fassen: Einer macht eine Ausbildung als Maler, der andere möchte Automechaniker werden und Feresalam Krankenschwester oder Altenpflegerin.

### Zum Christentum übergetreten

Farzad, der in Iran als Polsterer gearbeitet hat, musste sich beruflich umorientieren. Er hat im März eine Stelle in einem Logistik-Dienstleistungsunternehmen in der Nachbarstadt gefunden. Der 26-Jährige fühlt sich inzwischen in Rödermark heimisch. Er spielt im Fußballverein, hat viele Freunde gefunden und ist sogar zum christlichen Glauben übergetreten. Er glaubt nicht, dass er auf absehbare Zeit noch einmal in seine Heimat zurückgehen wird. „Als Kurden haben wir im Iran kein sicheres Leben.“ Weil sein Bruder sich der PKK angeschlossen habe, sei der Vater mehrfach festgenommen und gefoltert worden, erzählt Farzad. Und nach dem Tod des Vaters hätten die Sicherheitskräfte



„Menschen stärken Menschen“ heißt das Programm, mit dem das Bundesfamilienministerium Bürgerinnen und Bürger unterstützt, die sich für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Familien einsetzen – sei es als Pate oder Patin, als Gastfamilie oder als Vormund. Der Paritätische Gesamtverband ist mit rund 60 seiner Mitgliedsorganisationen dabei. Eine davon ist das hessische „Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V.“ mit seinem Freundeskreis Flüchtlinge.

dann ihm zugesetzt. Ein Onkel habe ihm zum Glück geholfen zu fliehen. Er ist froh, hier in Sicherheit zu sein, doch die lange Zeit in der Gemeinschaftsunterkunft fand Farzad Sadeghi sehr anstrengend. „Vor allem, weil man da nie Ruhe hat. Besonders, wenn man eine neue Sprache lernen will, ist das sehr hinderlich“, sagt er. Ein Glück, dass er öfter zum gemeinsamen Lernen zu Maria gehen konnte und noch einen Deutschkurs bei der Volkshochschule gemacht hat, den er sogar selbst bezahlt hat. So hat sich sein Deutsch doch gut entwickelt, so gut, dass er für andere Geflüchtete, die noch nicht so lange da sind, übersetzen kann. Farzad begleitet sie bei Arzt- und Behördenterminen oder geht mit, wenn die Kinder eingeschult werden. „Wir führen ihn beim Freundeskreis auch als Ehrenamtlichen. Er ist eine große Hilfe für uns“, sagt Maria.

### Verbindlicher Charakter

Die ehemalige Projektmanagerin in der Computerbranche engagiert sich seit 2013 in der Flüchtlingshilfe. Sie findet das Patenschaftsmodell ideal, um die Integration der geflüchteten Menschen zu fördern. „Wir lernen gegenseitig voneinander. Aber man muss auch gucken, dass die Leute zusammenpassen. Für manche ist es das Richtige, eine Familie zu betreuen, für mich ist es einfacher mit einzelnen jungen Leuten.“ Was sie besonders gut findet, ist die Tatsache, dass die Patenschaft durch das „Menschen stärken Menschen“-Programm offiziell einen verbindlichen Charakter bekommt. „Man hat mit der Patenschaftserklärung etwas Schriftliches, auch wenn es nicht die Bedeutung einer Vollmacht hat.“ Aber als Farzad am Blinddarm operiert werden musste, habe sie es sehr nützlich gefunden: „Ich wollte ja schließlich wissen, ob die Operation gut verlaufen ist.“

### Stärken kennenlernen

„Die große Stärke der Tandems ist, dass die Menschen sich intensiv miteinander befassen und Nähe zulassen“, betont Brigitte Speidel-Frey, Koordinatorin des Freundeskreises Flüchtlinge und Vorsitzende des Netzwerks für Flüchtlinge Rödermark. Über diese persönlichen Kontakte und gemeinsame Unternehmungen lernten die zu uns geflüchteten Menschen am besten unser Leben kennen. Und umgekehrt erfahren auch die Paten vieles über die Schicksale der Geflüchteten, deren Kultur und persönliche Aspekte. So sehe man die Menschen nicht nur als Bedürftige, die Hilfe brauchen, sondern lerne auch deren Stärken und Kompetenzen kennen. „Ein Familienvater, der gut organisieren kann, hat beispielsweise ein neues Aufbewahrungssystem in unserem Spendenlager etabliert“, sagt Brigitte Speidel-Frey. „Und ein Äthiopier ist jetzt hier Feuerwehrmann.“ Über die Vernetzung der ehrenamtlichen Paten habe schon für so manchen Geflüchteten eine Arbeitsstelle aufgetan werden können.

### „Gut fürs soziale Miteinander“

Darüber hinaus habe das Patenschaftsmodell aber auch eine gesamtgesellschaftliche Wirkung „Es erweist sich als sehr positiv für das soziale Miteinander in Rödermark“, sagt die frühere Unternehmensberaterin und Mediatorin, die jetzt neben der Vorstandsarbeit auch selbst ein junges Ehepaar afghanischer Herkunft als Patin betreut. In der rund 27.000 Einwohner zählenden Stadt im Südosten Frankfurts leben rund 500 Geflüchtete, das Gros in Gemeinschaftsunterkünften. 400 davon betreuen die 150 Ehrenamtlichen des Freundeskreises. Bevor sie als Paten loslegen können, müssen sie ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen und eine Schweigepflichtserklärung unterschreiben. Dann

organisiert der Freundeskreis ein Kennenlernetreffen zwischen Geflüchteten und Paten, bei dem geschaut wird, ob die Konstellation passen könnte. Wie die Patenschaften dann jeweils gelebt werden, entscheiden die Beteiligten selbst. Das sei auch ein Prozess, bei dem es darum gehe, gemeinsam zu schauen, wieviel Hilfe nötig und erwünscht ist, was geleistet werden kann. „Der Gedanke ist immer, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, damit man irgendwann auch wieder loslassen kann“, sagt Brigitte Speidel-Frey. Was ja nicht ausschließt, dass aus Paten Freunde fürs Leben werden können.

Text und Foto: Ulrike Bauer

Das „Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e. V.“ setzt sich seit 1991 für Geflüchtete, Migranten, Spätaussiedler und jüdische Immigranten ein. Anfang 2014 wurde der Freundeskreis Flüchtlinge gegründet. In zehn Arbeitsgruppen wird das Engagement für Geflüchtete strukturiert und organisiert: Es gibt beispielsweise die Willkommensgruppe, eine Arbeitsgruppe, die interkulturelle Aktivitäten wie Ausflüge oder Veranstaltungen organisiert, AG's für sportliche Aktivitäten, Sprachförderung, Job-Integration, das Eine Welt Café und die Fahrradgruppe.

Die Förderung über das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ ermöglicht unter anderem Ausgaben für Sprachförderung, Ausflüge, Veranstaltungen sowie die Erstattung von Auslagen für die Patinnen und Paten.

[www.netzwerk-fluechtlinge-roedermark.de](http://www.netzwerk-fluechtlinge-roedermark.de)

Brigitte Speidel-Frey

Tel.: 0170/2280902

E-Mail: [Brigitte@speidel-consulting.de](mailto:Brigitte@speidel-consulting.de)

# „Ich kann wieder lachen!“

Kargah e. V. engagiert sich für geflüchtete Frauen in Gemeinschaftsunterkünften in Hannover

Unter dem Titel „Empowerment von Flüchtlingsfrauen“ finanziert die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, bundesweit mehr als 100 Projekte, die geflüchtete Frauen und Mädchen stärken sollen. Dazu gehören etwa Einzelfallbetreuung, Erfahrungsaustausch im Frauencafé, Beratung zu frauenrechtlichen Themen, freizeitpädagogischen Gruppenaktivitäten oder Unterstützung zur Wahrnehmung gesundheitlicher Behandlungsangebote. Der Paritätische hat in dem Projekt nicht nur eine zentrale Koordinierungsrolle übernommen, etliche seiner Mitgliedsorganisationen leisten auch direkt aktive Hilfe. Dies sind unter anderem Migrant/-innenselbstorganisationen, Fachberatungsstellen, Frauenhäuser, interkulturelle Begegnungszentren, Nachbarschaftshäuser und Familienzentren.

**E**twa 30 Prozent der Geflüchteten in Deutschland sind Frauen. Viele davon sind alleine oder mit ihren Kindern geflohen. Häufig haben sie bereits in ihren Herkunftsländern Gewalt und Diskriminierung erfahren, nicht selten kamen auf der Flucht Gewalterfahrungen hinzu, Missbrauch durch Menschenhändler, sexuelle Belästigung oder Vergewaltigung. Die Folgen sind psychische und physische Beeinträchtigungen bis hin zu schweren Traumata. In Deutschland angekommen, ist die Situation ebenfalls belastend: In großen Unterkünften sind sie erneut der Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt und sexualisierten Übergriffen ausgesetzt, Rückzugsmöglichkeiten gibt es kaum. Und die persönliche Zukunft ist un-

gewiss. Wichtig ist es daher, einerseits die Lebensbedingungen der Frauen in den Unterkünften zu verbessern, sie zugleich aber auch mit einem breiten Unterstützungsangebot zu stärken. Simin Nassiri berichtet, wie Kargah e. V. dies tut.

**Frau Nassiri, an welche Frauen wenden Sie sich mit Ihrem Projekt?**



**Simin Nassiri leitet zwei Beratungsstellen von kargah: „SUANA-Beratungsstelle für von (Häuslicher)Gewalt betroffene Migrantinnen“ und das „Krisentelefon gegen Zwangsheirat“.**

**Simin Nassiri:** Unsere Hauptzielgruppe sind Frauen in drei Gemeinschaftsunterkünften in und um Hannover. Die meisten von ihnen sind zum Teil mehrfach traumatisiert. Die Folge ist, dass viele verängstigt sind und sich zurückziehen. Sie fühlen sich in den Unterkünften sehr isoliert und haben kaum Vertrauen zum Hilfesystem in Deutschland aufbauen können.

**Welche Unterstützung benötigen die Frauen nach Ihrer bisherigen Erfahrung am meisten?**

Zum einen sind das Informationen in deren Muttersprache über Hilfsangebote von Beratungsstellen und Frauenhäuser beispielsweise, aber auch über Gesetze. Außerdem ist es wichtig, sie über ihre Rechte als Frau in Deutschland aufzuklären und sie darin zu bestärken, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen.

**Welchen besonderen Ansatz hat ihr Projekt?**

Im Vordergrund steht die mehrsprachige, muttersprachliche sowie ressourcenorientierte Unterstützungs- und Beratungsarbeit. Unser Ziel ist es, die „Ich-

kargah e. V.  
Verein für interkulturelle  
Kommunikation, Flüchtlings- und  
Migrationsarbeit  
Hannover  
E-Mail: suana@kargah.de  
Tel.: 0511-126078-18  
www.kargah.de

Insgesamt 20 Projekte zielen unter anderem darauf ab, Frauen mit Fluchterfahrung den Zugang zum öffentlichen Leben zu erleichtern, indem sie etwa spezielle (aufsuchende) Beratungsangebote sowie Räume für Austausch und Empowerment schaffen. Die Unterstützungsangebote ermächtigen die Frauen, das Zusammenleben aktiv mitzugestalten, soziokulturelle Teilhabe zu erleben und Wege aus der Isolation zu finden sowie geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzutreten. Beispielhaft stellt Kargah e.V. – Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit in Hannover hier seine Arbeit vor. Eine ausführliche Dokumentation der vielfältigen Aktivitäten für Flüchtlingsfrauen finden Interessierte in der Broschüre „Perspektivwechsel Empowerment“. Sie steht auf [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) in der Rubrik Veröffentlichungen.



Aus dem Malprojekt „Begegnung-mit und ohne Worte“ stammt dieses Bild einer Teilnehmerin.

Identität“ der Frauen, ihr Selbstbewusstsein, zu stärken – und zwar vor allem über Hilfe zur Selbsthilfe. Wir unterstützen die Frauen zum einen dabei, ihren Alltag zu bewältigen, sich zu stabilisieren und Schritt für Schritt selbstständig zu werden. Und wir bringen ihnen die Handlungsmöglichkeiten näher, die sie trotz ihrer schwierigen Lage haben.

#### Was ist die besondere Qualität der Arbeit von Kargah e.V.

Als Selbstorganisation haben wir langjährige Erfahrungen aus der Beratungsarbeit mit geflüchteten Frauen. Unsere Mitarbeiterinnen haben unterschiedliche kulturelle Hintergründe, und einige auch eigene Fluchterfahrung. Das bedeutet, dass sie die Lebenswirklichkeiten der Betroffenen wirklich gut kennen.

#### Welche Aktivitäten prägen konkret ihr Projekt?

In den Gemeinschaftsunterkünften haben wir ein niedrigschwelliges Angebot für Frauen in Form von Begegnungstreffs, Informationsveranstaltungen und

Gesprächskreisen. Dort können sich die Frauen zunächst kennenlernen und austauschen. Außerdem werden sie über grundlegende Beratungs- und Hilfsangebote sowie über soziale und rechtliche Möglichkeiten aufgeklärt. All das wird – je nach Bedarf – mehrsprachig, in Form von Gruppen- oder auch Einzelgesprächen angeboten. Wir geben unter anderem Informationen über die Themen Häusliche Gewalt, Trauma, Kinder und Kinderrechte. Außerdem schaffen wir ganz gezielt Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in und um Hannover. Die Frauen haben ja auch das Bedürfnis, mit Frauen außerhalb der Unterkünfte in Kontakt zu treten und sich sozial sowie kulturell zu beteiligen. Für interessierte Frauen und auch für Mütter mit Kindern schaffen wir Zugänge zu niedrigschwelligen Freizeit- und Sportaktivitäten sowie zu kulturellen Aktivitäten, Ausflügen und Sprachferien. Selbstverständlich werden die Frauen in die Planung einbezogen und übernehmen auch die Rolle von Multiplikatorinnen, die wiederum andere Frauen in den Unterkünften ansprechen und mit Informationen versorgen.

Das ist ein enorm breites Angebot, stemmen Sie das ganz alleine?

Das Projekt profitiert sehr von der Infrastruktur von Kargah e.V., von La Rosa, dem Internationalen Frauentreff, beispielsweise. Und wir haben auch Kooperationspartnerinnen: Distel e.V. – FrauenLesbenWerkstatt, die Frauengruppe des Stadtteilreffs Sahlkamp in Hannover und selbstverständlich Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sowie die Leitungen der Gemeinschaftsunterkünfte.

#### Wie ist das Echo der Frauen?

Ganz am Anfang waren sie eher zurückhaltend. Aber im Rahmen der gemeinsamen Aktivitäten haben sie sich sehr geöffnet und tauschen sich auch untereinander sowie mit den Mitarbeiterinnen rege aus. Es ist schön für uns zu hören, wenn die Frauen dann sagen: „Ich kann wieder lachen!“ oder „Ich fühle mich wieder wohl!“ Das zeigt, dass unsere Arbeit wirklich richtig für sie ist. Wir würden die Arbeit gerne verstetigen und ausbauen. Dafür brauchen wir aber zusätzliche Mittel: also finanzielle Power fürs Empowerment!

UB





## „Sprechen tut gut“

17 Zentren für Geflüchtete und Folteropfer gibt es unter dem Dach des Paritätischen. Eines von ihnen betreibt XENION Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V. in Berlin. Aus dem Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf engagierte sich ein Netzwerk von ehrenamtlichen PsychotherapeutInnen und ÄrztInnen für die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen. Das Gesundheitsamt Steglitz-Zehlendorf bat XENION e. V. dieses Netzwerk zu koordinieren und fachlich zu begleiten. So wurde im Dezember 2015 das „Aufsuchende psychosoziale Nothilfeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ ins Leben gerufen.

**G**eflüchtete haben in Deutschland in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts nur einen eingeschränkten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Und auch um psychosoziale Unterstützung ist es schlecht bestellt, obwohl viele Menschen diese dringend bräuchten. Durch schlimme Erlebnisse in ihren von Krieg und Terror erschütterten Heimatländern oder auf der gefährlichen Flucht sind sie nicht selten traumatisiert. Hinzu kommen die belastenden Lebensumstände in Gemeinschaftsunterkünften, die ungewisse Zukunft und nicht selten

die Sorge um Angehörige. All dies führt dazu, dass Geflüchtete besonders gefährdet sind, psychisch zu erkranken. Und je länger sie psychischen Belastungen und seelischer Not ohne adäquate Hilfe ausgesetzt sind, desto größer ist die Gefahr, dass sie chronisch krank werden.

### Wichtige Brückenbauer

Um geflüchteten Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf möglichst früh psychologische und psychosoziale Hilfe zukommen zu lassen, hat XENION e. V. im Dezember 2015 das „Aufsuchende

psychosoziale Nothilfeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ ins Leben gerufen – das erste Projekt dieser Art in Berlin. In dessen Rahmen gelang es, bis zum Sommer 2015 ein Netz von Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie Ärzten und Ärztinnen zu knüpfen, die sich ehrenamtlich um die Geflüchteten kümmern. Ihnen schlossen sich weitere Fachkräfte aus Psychiatrie und anderen medizinischen Fachrichtungen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Studierende an. Bis zu 70 Ehrenamtliche übernahmen die Be-

treuung von Geflüchteten in acht Gemeinschafts- und Notunterkünften. Unterstützt wurden und werden sie dabei von zirka 40 Dolmetscherinnen und Dolmetschern, die zum großen Teil aus den Reihen der Geflüchteten stammen und neben ihren Sprachkenntnissen auch über Kulturkompetenz verfügen, die die deutschen Ehrenamtlichen in der Regel nicht mitbringen. XENION schätze enorm die Kompetenz der Dolmetscher, ohne deren Engagement die Beratung und Therapie sonst gar nicht möglich sei, betont Dietrich F. Koch, Psychologe und Leiter der Einrichtung. „Sie übersetzen ja nicht nur eins zu eins, sondern brauchen auch ein konzeptuelles Verständnis“, so Koch. „Leider können wir sie, solange sie keine Arbeitserlaubnis haben, fast nur ehrenamtlich einsetzen. Aber sie sind wichtige Brückenbauer für uns.“

### Halt und Ermutigung

Grundgedanke von XENION war es, mit dem neuen Projekt möglichst niedrigschwellige Angebote wie Gesprächsgruppen oder psychosoziale Sprechstunden zu schaffen, betont Dietrich F. Koch. „Viele Menschen haben ja Berührungsängste in Richtung Psychologie.“ Und es bräuchten auch nicht alle Geflüchteten eine Traumatherapie. „Aber viele sind froh, wenn sie eine Gelegenheit erhalten, über ihre Erfahrungen, Ängste und Sorgen zu reden“, sagt Projektkoordinatorin Alexandra Schulz, die selbst von Beruf Gestalttherapeutin ist. „Sprechen tut gut.“

Die professionell begleiteten Gespräche gäben den Flüchtlingen viel Halt und Ermutigung, so die Erfahrung der beiden Therapeuten. „Die Teilnehmer sagen uns immer wieder, dass sie es besonders schätzen, dass sie so nah an ihrer Lebensrealität sind“, betont Alexandra Schulz.

Was die Geflüchteten im Alltag besonders belastet, fasst Dietrich Koch so zusammen: „Die Geflüchteten kommen mit der Motivation, sich hier ein neues Leben aufzubauen, weil sie wissen: In ihrer Heimat können sie nicht mehr leben. Aber in den Unterkünften sind sie zu Untätigkeit verdammt. Ihnen fällt die Decke auf den Kopf.

Und durch die dauernde Fremdbestimmung werden ihre Selbstorganisationmöglichkeiten systematisch untergraben, um nicht zu sagen niedergetreten. Sie können ihre vielfältigen Fähigkeiten gar nicht nutzen.“

Die Gesprächsrunden, die lösungs- und ressourcenorientiert sind, fallen daher zweifellos in die Kategorie Empowerment. Gemeinsam entwickeln die Teilnehmenden Strategien, die ihnen helfen, mit ihrer schwierigen Situation besser zurechtzukommen, die Impulse geben, damit die Geflüchteten ihre Selbstfürsorge auch unter schwierigen Rahmenbedingungen aktivieren können. Das sind neben den Gesprächen beispielsweise Entspannungs- und Atemübungen, erläutert der Psychologische Psychotherapeut Koch. „In einer Gruppe haben sich die Teilnehmer gegenseitig massiert.“ Aber auch „handfeste“ Informationen können helfen – wie etwa der Vortrag eines Rechtsanwalts zum Asylrecht.

### Auf Augenhöhe gehen

„Die Geflüchteten sagen uns schon, was sie brauchen. Da müssen wir nicht lange nachforschen. Man muss nur mit den Menschen auf dieselbe Augenhöhe gehen“, betont Alexandra Schulz. Es sei wichtig, die Geflüchteten ins Boot zu holen und nicht nur zu fragen, welche Hilfe sie brauchen, sondern auch: Was könnt ihr denn? Eine ehrenamtliche Kollegin beispielsweise habe sehr viel positive Resonanz erfahren, als sie in eine Frauengruppe einen Stapel Origami-Papier mitbrachte und die Frauen anschließend stolz die selbstgefalteten Figuren mitnehmen konnten. „Es ist schön für die Menschen, wenn sie etwas in der Hand halten, das beweist: Sie können etwas“, betont Alexandra Schulz. Viele Ressourcen der Geflüchteten seien ja durch die Erfahrung von Krieg, Flucht und Gewalt verschüttet. Es gelte, sie Schritt für Schritt wieder freizulegen.

In fünf Gesprächskreisen wurden durch XENION 2016 im Rahmen des Projekts insgesamt 90 Flüchtlinge betreut. Hinzu kamen Sozialberatung, therapeutische Stabilisierung und Weitervermittlung an andere Fachdienste, Einzels psychotherapie, Krisenintervention, Supervision für

Ehrenamtliche und Sozialbetreuer, Kunsttherapie, und vieles mehr.

Die lange Verweildauer in den Gemeinschafts- und Notunterkünften wirkt sich zunehmend negativ auf die psychische Situation der Flüchtlinge aus, stellen die XENION-Leute fest. Dies sei an einer deutlich gestiegenen Anzahl von Kriseninterventionen erkennbar sowie einer erhöhten Frequenz der Besuche in den offenen Sprechstunden. Besonders die Gruppe der afghanischen Bewohner leide sehr unter der extrem langen Wartezeit auf einen Anhörungstermin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Warten auf einen Bescheid – immer das Damoklesschwert der Abschiebung über sich. Manche lebten schon mehr als ein Jahr in einer Turnhalle. „Das ist eine äußerst zermürbende Situation für die Menschen. Wir sprechen inzwischen auch von einer Wohnheim-Symptomatik“, sagt Alexandra Schulz. Depressionen, verstärkte Suizidgefahr oder Aggressionen gegen andere Menschen gehörten zu den Auswirkungen.

### Integration oder Isolation?

XENION befürchtet, dass Wohnheime zu Dauerunterkünften werden, da es in Berlin zu wenig Wohnungen gebe. Das werde die psychischen Belastungen weiter verschärfen. „Eine Integration dieser Menschen wird durch solche Rahmenbedingungen deutlich erschwert“, sagt Koch. „Gerade in der ersten Zeit, in der die Geflüchteten hier leben entscheidet sich, ob sie hier ankommen oder nicht, ob sie in der Isolation landen oder Teil der Gesellschaft werden.“ Gerade in dieser ersten Phase müsse in Unterstützungsangebote für die Geflüchteten investiert werden, stattdessen werde ihnen der Zugang zu wichtigen medizinischen Hilfen erschwert. „Das Problembewusstsein in der Politik ist leider sehr gering“, stellt Koch ernüchtert fest.

Ulrike Bauer

**XENION Psychosoziale Hilfen**  
für politisch Verfolgte e.V.  
Tel.: 030/323 29 33  
E-Mail: [info@xenion.org](mailto:info@xenion.org)  
[www.xenion.org](http://www.xenion.org)



# „Willkommen im Gallus“

Im Rahmen des Programms „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen“ hat das Mehrgenerationenhaus in Frankfurt am Main das Projekt „Willkommen im Gallus“ aufgezogen. Es ist verknüpft mit anderen Angeboten des Hauses wie etwa den niedrigschwelligen Frauenkursen.

Das Surren der Nähmaschinen mischt sich mit leisen Gesprächen, dazwischen mal ein heiteres Lachen und ein herzliches Hallo, als eine junge Mutter mit ihrem Baby hereinkommt. Ein Nachmittag im Mehrgenerationenhaus in Frankfurt am Main. Seit die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten niedrigschwelligen Frauenkurse auch für geflüchtete Frauen aus Ländern wie Iran, Irak, Eritrea, Syrien und Somalia geöffnet sind, treffen sich hier jeden Freitag und Samstag zwei Gruppen somalischer Frauen, um unter Anleitung von Schneiderin Zargoona Ghaussy Kleidung zu nähen. „Viele Frauen aus Somalia vermissen die Art Kleidung, wie sie sie von zuhause kennen und nähen sich hier selbst, was ihnen gefällt“, sagt Fatun Ahmed, die als Baby mit ihren Eltern aus Somalia nach Deutschland kam. Jetzt studiert sie Soziologie und Ethnologie und arbeitet zusätzlich im Mehrgenerationenhaus, wo sie die Frauenkurse koordiniert und pädagogisch begleitet.

Zargoona Ghaussy gibt den Frauen nicht nur Nähtipps. Sie hat sich bei der Gründung des Mehrgenerationenhaus als Selbstständige mit ihrer Schneiderei niedergelassen. Damit ist sie – wie auch Fatun Ahmed – als Berufstätige eine Mutmacherin für die meist jungen Somalierinnen. Oft haben sie schon mit 15 Jahren geheiratet und bekamen weder eine Ausbildung ermöglicht noch konnten sie schreiben und lesen lernen. Viele haben nichts anderes erfahren als existenzielle Abhängigkeit. Jetzt holen sie so manchen Entwicklungsschritt Richtung Eigenständigkeit nach. Sie hören in den Frauenkursen, wie sie und ihre Kinder Zugang zu Bildung finden können und dass sie überhaupt viel mehr können, als die meisten von ihnen denken. Das stärkt das Selbstbewusstsein enorm. In der Nährunde tauschen sie Tipps aus, wo es gute Einkaufsmöglichkeiten gibt, welche Ärztinnen und Ärzte zu empfehlen sind und reden darüber, wie es um den Nachzug von Familienmitgliedern steht.

## „Ehrenamtliche Aktivisten“

Fatuma ist eine der nähernden Frauen. Sie ist seit dreieinhalb Jahren in Deutschland, spricht schon gut Deutsch und hofft, eine Ausbildung als Erzieherin machen zu können. Neben ihr steht, was ziemlich ungewöhnlich für die Frauenkurse ist, ein Mann: Hossein Nawabi. Er ist aus Afghanistan geflohen und lebt mit zwei seiner Töchter in einer Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt. Seine Frau und eine weitere Tochter sind in einem Hotel untergebracht. Der Alltag ist schwer für ihn, zumal er sehr um seinen 14-jährigen Sohn trauert, der die Flucht nicht überlebt hat. Der 49-jährige Kunstmaler möchte den Schneiderberuf erlernen und hat sich bei Zargoona Ghaussy schon einiges abgeschaut. Jetzt gibt er sein Können an die somalischen Frauen weiter. Es tut ihm gut, sich nützlich machen zu können, gebraucht zu werden. Nicht immer nur in der Rolle dessen zu sein, der Hilfe benötigt.

Genau das gehört zum Konzept des Mehrgenerationenhauses. Mit seinem Projekt „Willkommen im Gallus“, das über Mittel der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration finanziert wird, eröffnetes Geflüchteten die Chance, ehrenamtliche „Aktivisten“ zu werden, wie Pädagoge Hicham Oukhellou es nennt.

Als in der Nähe des Mehrgenerationenhauses in der Cordierstraße eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete etabliert wurde, schuf das Team schnell Angebote, um den Menschen das Ankommen in Frankfurt zu erleichtern: Deutschkurse in Zusammenarbeit mit

Pädagoge Hicham Oukhellou (rechts) im Gespräch mit dem aus Syrien stammenden Moad Al-shaddad Al Mohamad.

Fotos: Ulrike Bauer





Der aus Afghanistan stammende Hossein Nawabi (Mitte) freut sich, den Frauen beim Nähkurs beizubringen, was er selbst von Schneiderin Zargoona Ghaussy (ganz rechts im Bild) gelernt hat. Ganz links Koordinatorin Fatun Ahmed.



„Teachers on the road“, Einstiegskurse zum Kennenlernen des Arbeitsmarkts, das „Café get together“ zweimal monatlich im Familienrestaurant. Schon dabei legte das Mehrgenerationenhaus Wert auf größtmögliche Beteiligung der Geflüchteten. „Wir haben mehrere Treffen veranstaltet, bei denen wir die Menschen gefragt haben, was sie brauchen, was ihnen hilft, was sie sich an Unterstützung wünschen“, sagt Hicham Oukhellou. Kitaplätze für die Kinder und Informationen über das Gesundheitssystem beispielsweise – dazu wurde ein syrischer Arzt eingeladen. Kennenlern-Spaziergänge durch den Stadtteil wurden organisiert und der Aktionstag „Gallus fährt Rad“ mit mehreren Kooperationspartnern veranstaltet, bei dem Geflüchtete sich gespendete Fahrräder aussuchen konnten. Auch ein Fahrradkurs speziell für Frauen wurde angeboten. Durchaus ein Beitrag zum Empowerment. Denn ein Fahrrad erweitert den Bewegungsspielraum, führt zu mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Und das wiederum macht den Frauen Mut, sich Neues zuzutrauen.

Auch Moad Al-shaddad Al Mohamad hat damals ein gebrauchtes Fahrrad geschenkt bekommen. Jetzt sitzt der Syrer im Familiencafé des Mehrgene-

rationenhauses mit Pädagoge Hicham Oukhellou am Tisch und berichtet, wie es ihm geht. Anderthalb Jahre ist er nun in Deutschland, langsam werden seine Sprachkenntnisse besser. So gut, dass er keinen Übersetzer mehr braucht, wenn er zu Ärzten oder Behörden muss.

### Erfahrung weitergeben

Inzwischen begleitet er andere Flüchtlinge, die noch nicht so lange da sind, zu Terminen und übersetzt für sie. Ein stolzes Lächeln huscht über sein Gesicht, als er das erzählt. Der Deutschkurs im Mehrgenerationenhaus hat ihm sehr geholfen, sagt er. Jetzt macht er einen Integrationskurs. Schritt für Schritt geht es voran. Der Start in Deutschland war sorgenvoll: Moad und seine Frau haben zwei Kinder: eine vier Jahre alte Tochter und einen zweijährigen Sohn. Der Kleine musste schon bald nach der Ankunft am Herzen operiert werden, seine Schwester hat Diabetes. Moad ist glücklich über die gute medizinische Versorgung seiner Kinder. Und darüber, dass er hier frei reden kann, ohne Angst vor Repressalien haben zu müssen.

Die Flüchtlingsunterkunft in der Cordierstraße, in der rund 80 Familien untergebracht waren, ist inzwischen

aufgelöst worden. Viele Familien wurden in eine andere Unterkunft in Bonames am anderen Ende der Stadt verlegt. Nicht wenige von ihnen nehmen Fahrzeiten von fast einer Stunde in Kauf, um weiterhin Angebote des Mehrgenerationenhauses zu nutzen, berichtet Hicham Oukhellou. Mit dem Projekt „Willkommen im Gallus“ ist es nicht nur gelungen, die Flüchtlinge zu stärken, sondern den Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften unter großer Fremdbestimmung leiden, auch einen Lebensbereich zu geben, in dem sie sich aktiv mit ihren Fähigkeiten einbringen und mitgestalten können.

UB

**Kinder im Zentrum Gallus e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit über 40 Jahren Erfahrung in der sozialen Bildungsarbeit. Seit 2007 ist er Träger des Mehrgenerationenhauses Frankfurt, in dem Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote für alle Generationen angeboten werden.**  
**Mehrgenerationenhaus**  
**60326 Frankfurt**  
**Tel.: 069/75846666**  
**E-Mail: [hicham.oukhellou@kiz-gallus.de](mailto:hicham.oukhellou@kiz-gallus.de)**

# Armut in Deutschland auf neuem Höchststand von 15,7 Prozent

Verbände beklagen skandalöse Zunahme bei allen Risikogruppen und fordern armutspolitische Offensive

Unter dem Titel „Menschenwürde ist Menschenrecht“ hat der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit neun anderen Verbänden und Organisationen Anfang März den Armutsbericht 2017 vorgelegt. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, betonte bei der Pressekonferenz zur Präsentation des Berichts: „Von Armut kann man nicht erst dann sprechen, wenn Menschen unter Brücken schlafen, in Papierkörben nach Pfandflaschen suchen oder ihnen die nötigen Mittel für Ernährung und Kleidung fehlen, sondern wenn sie so wenig Geld haben, dass sie am ganz normalen Leben nicht mehr teilhaben können, wenn sie gezwungen werden, sich zurückzuziehen, faktisch ausgegrenzt oder abgedrängt werden.“ Menschenwürde, so Schneider, verlange echte Teilhabe und können nicht auf ein warmes Mittagessen und einen Fernseher reduziert werden.

Mit 15,7 Prozent hat die Armut einen neuen Höchststand erreicht. Betroffen sind 12,9 Millionen Menschen, das ist jeder Sechste der Bundesbürger- und Bürgerinnen. Nicht einbezogen sind dabei 350.000 obdachlose Menschen, Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen,

Die Armut in Deutschland hat viele Gesichter. Besonders betroffen vom Risiko, in Armut zu geraten, sind Erwerbslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit geringer schulischer beziehungsweise beruflicher Qualifikation und Menschen mit Migrationshintergrund. Gemeinsam mit renommierten Verbänden und Fachorganisationen hat der Paritätische Gesamtverband den Armutsbericht 2017 herausgegeben, um abstrakte Statistik mit Analysen und Berichten der Lebenslagen betroffener Menschen zu verbinden:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
- Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte

- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Deutscher Kinderschutzbund
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL)
- PRO ASYL
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter
- Volkssolidarität Bundesverband.

Gemeinsam fordern die Organisationen von der Politik entschlossenes Handeln und eine Sozialpolitik, die alle Menschen mitnimmt. Es sei Zeit für einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um Armut zu bekämpfen und eine Verringerung sozialer Ungleichheit zu erreichen.

gen, arme Menschen mit Behinderung in Wohnheimen und die vielen pflegebedürftigen Menschen, die in stationären Einrichtungen leben.

## Zunahme bei allen Risikogruppen

Der politisch skandalöse, zentrale Befund: Bei allen bekannten Risikogruppen habe die Armut im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen, so Schneider: bei Erwerbslosen auf 59 Prozent, bei Alleinerziehenden auf 44 Prozent, bei kinderreichen Familien auf 25 Prozent, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32 Prozent und bei Ausländern auf 34 Prozent. Alarmierend sei im Zehn-Jahres-Vergleich insbesondere die Armutsentwicklung bei Rentnerinnen und Rentnern. Ihre Armutsquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent, ein völliger „Ausreißer in der Armutsstatistik“. Durchgreifende Reformen in der Alters-

sicherung seien daher unausweichlich, um Altersarmut vorzubeugen. Dies unterstrich auch Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident der Volkssolidarität Bundesverband. Die Zahl älterer Menschen, die zusätzlich zu ihren Rentenleistungen Grundsicherung im Alter beantragen müssen, steige: „Vor Altersarmut schützen gute Arbeit, gute Löhne und eine gute Rente. Wir müssen Leiharbeit, den Missbrauch von Werkverträgen, befristete Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Minijobs und die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen angehen.“ Erstmals ermöglicht der Armutsbericht des Paritätischen einen Zehn-Jahres-Vergleich. Der Anstieg der Armut in 2015 war fast flächendeckend. In elf Bundesländern stieg die Armut; den stärksten Anstieg zeigt Berlin: von 20 auf 22,4 Prozent. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen konnte seine Armut bei 17,5 Prozent stabil halten.

## Armutspolitischer Hauptstadt-kongress

Am 27. und 28. Juni 2017 findet in Berlin der diesjährige armutspolitische Hauptstadt-kongress statt. Als Mitveranstalter hat der Paritätische Gesamtverband unter anderem den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Nationale Armutskonferenz gewonnen. Nähere Informationen gibt es auf [www.armutskongress.de](http://www.armutskongress.de).



Gemeinsam präsentierten sie den Armutsbericht 2017: von links: Gwendolyn Stiling (Pressesprecherin des Paritätischen), Wolfram Friedersdorff (Volkssolidarität), Cordula Lasner-Tietze (Deutscher Kinderschutzbund), Ulrich Schneider (Paritätischer Gesamtverband), Werena Rosenke (BAG Wohnungslosenhilfe), Erika Biehn (VAMV) und Sigrid Arnade (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben). Foto: Bauer

Die Spannbreite zwischen den Ländern hat wieder zugenommen: Auf der einen Seite Bayern und Baden-Württemberg mit Armutsquoten von 11,6 und 11,8 Prozent und auf der anderen Seite Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bremen mit Armutsquoten von über 20 Prozent. Beim Schlusslicht Bremen sind es mittlerweile 24,8 Prozent, in Berlin 22,4 Prozent. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl, der Bevölkerungsdichte und der längerfristigen Trends müssten das Ruhrgebiet als bevölkerungsreichster Ballungsraum Deutschlands mit fünf Millionen Einwohnern und Berlin als die armutspolitischen Problemregionen Deutschlands angesehen werden, so Schneider. Schneider erwartet, dass die Frage von Ungleichheit, Ausgrenzung und sozialer Gerechtigkeit zu einem zentralen Thema des Wahlkampfjahres 2017 wird. Dies sei auch gut so und der Lage in Deutschland mehr als angemessen.

### Kindergrundsicherung gefordert

Cordula Lasner-Tietze, Geschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbunds Bundesverband, mahnte: „Armut beschämt und entmutigt Kinder und Jugendliche und raubt ihnen Entwicklungschancen. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen würden in der Schule massiv benachteiligt und abgehängt. Sie forderte eine Neuberechnung des tatsächlichen Existenzminimums von Kindern und die Einführung einer Kindergrundsicherung. Erika Biehn, Stellvertretende Bundes-

vorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), hob hervor, die Quote der alleinerziehenden Eltern, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) erhalten, betrage fast 40 Prozent und sei damit fast viermal so hoch wie der Durchschnitt aller Haushalte. „Der Ausbau der Kinderbetreuung auch zu Randzeiten sowie am Wochenende ist dringend erforderlich, damit auch Alleinerziehende Beruf und Familie gut vereinbaren können“, forderte Biehn. Werena Rosenke, Stellvertretende Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe, sagte, Schätzungen zufolge gebe es 335.000 Wohnungslose in Deutschland, diese Zahl könne sich bis 2018 auf über eine halbe Millionen Menschen erhöhen. Es gebe

einen Teufelskreis: „Ohne Wohnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung.“ Das Recht auf Wohnung aber sei ein Menschenrecht. Die Bundes- und Landesmittel für den Sozialen Wohnungsbau müssten drastisch erhöht werden. Dr. Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland, kritisierte, dass behinderte Menschen bei vergleichbarem Einkommen immer noch nicht den gleichen Lebensstandard realisieren könnten wie Menschen ohne Behinderung, weil sie für behinderungsbedingte Leistungen selbst zahlen müssen. Von Chancengleichheit könne keine Rede sein. Den Armutsbericht, weitere Infos und eine Suchfunktion nach Postleitzahlen finden Interessierte auf [www.der-paritaetische.de/armutsbericht](http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht).

## Arme Menschen sterben früher

Arm zu sein, ist auch ein enormes Gesundheitsrisiko. Die Unterschiede in der Lebenserwartung armer und wohlhabender Menschen werden immer größer, so der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, Professor Dr. Rolf Rosenbrock. Nach einer Studie des Robert Koch-Instituts sterben Männer, die an oder unter der Armutsgrenze leben, im Schnitt elf Jahre früher als wohlhabende Männer. Bei Frauen beträgt die Differenz etwa acht Jahre. Arme Männer haben demnach eine durchschnittliche Lebenserwartung von 70,1 Jah-

ren, arme Frauen von 76,9 Jahren. Wohlhabende Männer werden im Schnitt 80,9 Jahre, wohlhabende Frauen 85,3 Jahre alt. Sozial und materiell benachteiligte Menschen sind einem höheren psychischen Druck ausgesetzt, unter anderem aufgrund schlechterer Arbeitsbedingungen aber auch wegen finanzieller Sorgen. Hinzu komme häufig eine schlechtere Ernährung. Große Bedeutung komme zudem dem Rauchen zu, das in den niedrigen Statusgruppen deutlich stärker verbreitet sei. Mehr auf [www.der-paritaetische.de/armutsbericht](http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht).



## Öffentlich geförderte Beschäftigung als Beitrag zu mehr politischer Teilhabe?!

Der Zusammenhang zwischen Armut, Arbeitslosigkeit und politischer Partizipation war Thema der bundesweiten Tagung „Demokratie fördern – Arbeitslosigkeit bekämpfen“ Anfang März in Stuttgart. Veranstalter waren die AG Arbeit Baden-Württemberg, der Bundesfachverband Integration durch Arbeit (IDA), der Evangelische Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) und der Paritätische Gesamtverband. Die Veranstalter sprachen sich erneut gemeinsam für einen Sozialen Arbeitsmarkt aus. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles betonte als Hauptrednerin der Tagung, ihr sei bekannt, dass Menschen mit höherem Einkommen mehr Einfluss auf Politik nehmen. Sie wolle der Frage nachgehen, warum ärmere Menschen zu einem größeren Anteil Nichtwählerinnen und -wähler sind. Nahles bekannte sich explizit zur Idee des Sozialen Arbeitsmarkts; in dieser Legislaturperiode habe sie aber nicht alles Wünschenswerte umsetzen können, so die Ministerin.



Foto: Thomas Rautenberg Neue Arbeit, Stuttgart

### Sanktionen im SGB II:

Unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte Betroffener

Verstöße gegen die Eingliederungsvereinbarung oder verpasste Termine zählen zu den häufigsten Gründen, warum Arbeitslosen im Hartz-IV-Bezug Leistungen gekürzt werden. Das Bundesverfassungsgericht gab dem Paritätischen Gesamtverband kürzlich Gelegenheit, sich in einem Prüfverfahren zur Verfassungsmäßigkeit der Sanktionen im Sozialgesetzbuch II zu äußern.

In seiner Stellungnahme, die federführend von Geschäftsführer Werner Hesse und Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa, verfasst wurde, analysiert der Verband Erkenntnisse der empirischen Forschung, wertet praktische Erfahrungen aus der Verbandsarbeit aus und führt die dazu erfolgten fachlichen Diskussionen zusammen. Die Schlussfolgerung: Sanktionen stellen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte der Betroffenen dar. Die mit ihnen typischerweise verfolgten Ziele ließen sich besser auf anderen Wegen und mit milderer Instrumenten erreichen. Gravierende Einschränkungen der Teilhabemöglichkeiten von Menschen bis hin zu Kürzungen der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums ließen sich so vermeiden.

### Flüchtlingspolitik:

Statt Abschottung humane Aufnahmeprogramme nötig

Beim EU-Gipfel in Malta haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs im Februar auf eine intensivere Zusammenarbeit mit Libyen geeinigt, um die Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge zu begrenzen. Anlässlich des EU-Treffens kritisierten PRO ASYL und Paritätischer Gesamtverband in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel scharf die „Flüchtlingsabwehrpolitik“ der EU. Statt einer weiteren Abschottung Europas seien legale und gefahrenfreie Zugangswege zu gewährleisten. Gerade in Libyen drohen Schutzsuchenden die menschenwürdigsten Zustände in Lagern. Exekutionen, Folter und Vergewaltigungen seien dort an der Tagesordnung.

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen, betonte: „Wer es ernst meint mit dem Schutz von Menschenleben und dem Kampf gegen das menschenverachtende Vorgehen von Schleusern und Menschenhändlern, der muss humanitäre Aufnahmeprogramme und legale Zugangswege schaffen. Ziel einer vernünftigen Flüchtlingspolitik muss es daneben sein, humanitär akzeptable Bedingungen für Menschen in ihren Herkunftsregionen zu schaffen.“

### Langzeitarbeitslose:

Vorschläge zur besseren sozialen Teilhabe

Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wohlfahrt und Fachverbänden haben in einem Diskussionspapier Vorschläge zur sozialen Teilhabe von Langzeitarbeitslosen im Rahmen des SGB II formuliert. In den Fokus rücken sie hundertausende Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV, die älter als 50 Jahre und länger als vier Jahre im Leistungsbezug sind und das gesamte arbeitsmarktpolitische Angebot der Jobcenter durchlaufen haben, ohne eine Arbeitsstelle zu finden. Die Autoren des Papiers, darunter Tina Hofmann vom Paritätischen Gesamtverband und Annette Wippermann vom Paritätischen Hessen, schlagen u. a. vor, für diese Menschen einen sanktionsfreien Status und Teilhabegelegenheiten zu schaffen. Zudem sollten Arbeitsgelegenheiten weiterentwickelt und ein Sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden. > Fachinfos des Paritätischen Gesamtverbands

### Korrektur

In der Ausgabe 1/17 gab es im Bericht „Suchthilfe mit Lücken“ auf Seite 5 einen Fehler. Richtig heißt es Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr) und nicht Verband für Drogen- und Suchthilfe.

Fachgespräch zum Bildungs- und Teilhabepaket

# Hoher Reformbedarf

Welche Schlüsse sind aus der Evaluierung der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu ziehen? Wie kann für Kinder aus einkommensschwachen Familien die Teilhabe über das Sozialgesetzbuch VIII abgesichert werden? Das waren Themen eines Fachgesprächs des Paritätischen Gesamtverbands.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2010 festgestellt hatte, dass das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen durch die bestehenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II nicht ausreichend gedeckt sei und den Betroffenen der Ausschluss von Lebenschancen drohe, hat die Bundesregierung das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) geschnürt. Der Paritätische hat schon früh kritisiert, dass mit der Konzeption des BuT in Form von antragsabhängigen Sachleistungen viel bürokratischer Aufwand entsteht, ohne dass sich die Teilhabechancen für die Kinder und Jugendlichen deutlich verbessern. Mitte 2016 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Evaluierung vorgelegt, die der Frage nachgeht, ob die Leistungen bei den Berechtigten ankommen und wieviel Aufwand damit verbunden ist. Die Bilanz ist aus Sicht des Paritätischen ernüchternd. Bei einem Fachgespräch in der Jugendherberge Berlin Ostkreuz diskutierte er mit Expertinnen und Experten sowie Akteuren und Akteurinnen aus Mitgliedsorganisationen über Schlussfolgerungen aus der Evaluation und die Möglichkeiten, die Leistungen des BuT besser mit den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zu verbinden. Dr. Peter Bartelheimer vom Soziologischen Forschungsinstitut

Göttingen als Mitautor der Evaluationsstudie und Jutta Henke von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung stellten fest, dass beispielsweise die Leistungen im Rahmen des Schulbedarfspaketes zu gering seien, um den Bedarf zu decken. Zudem schreckten bürokratische Hürden einen Großteil der Eltern ab, die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Eine wichtige Lotsenfunktion übernehmen hier soziale Einrichtungen, wie Turgut Hüner vom Türkischen Elternverein Berlin Brandenburg berichtete. Dieser biete regelmäßig Informationsabende zum BuT an und sei beim Ausfüllen der Anträge behilflich.

## „Negatives Menschenbild“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, betonte, mit dem BuT sei der Missbrauchsverdacht des mit einem ungeheuer negativen Menschenbild verbundenen Sozialgesetzbuchs II auf die Unterstützungsstrukturen für Kinder- und Jugendliche übergeschwappt. Professor Dr. Johannes Münder, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von SOS Kinderdorf e.V. und Professor für Sozial- und Zivilrecht, formulierte konkrete Reformvorschläge vor allem für die weniger bürokratische Finanzierung der Kosten für ein warmes Mittagessen. Die Teilhabeförderung müsse zudem ins Kinder- und Jugendhilferecht verlagert werden.



Turgut Hüner: Enormer Beratungsbedarf



Dr. Ulrich Schneider: Misanthropisches Menschenbild



Prof. Dr. Johannes Münder: Teilhabeförderung gehört ins Kinder- und Jugendhilferecht.



Dr. Peter Bartelheimer und Jutta Henke: Das Schulbedarfspaket reicht nicht aus.

Fotos:  
Ulrike Bauer

Das Jahr 2017 bringt gleich vier Paritätischen Landesverbänden einen Geschäftsführerwechsel. In Thüringen hat im Januar Stefan Werner die Nachfolge von Reinhard Müller angetreten, in Rheinland-Pfalz/Saarland hat Michael Hamm das Amt von Wolfgang Krause übernommen. Und im Herbst steht in Hessen sowie Nordrhein-Westfalen der Stabwechsel an. Was waren für die vier Verbandsmanager besondere Herausforderungen und Projekte während ihrer Amtszeit? Auf diese Frage antworten hier Reinhard Müller und Wolfgang Krause. In der zweiten Jahreshälfte folgen Interviews mit Günter Woltering (Hessen) und Hermann Zaum (NRW).

## „Pionier des Aufbaus“

Herr Müller, Sie haben die Geschäftsführung des Landesverbands Thüringen 1992 übernommen, also zwei Jahre nach seiner Gründung. Wie sind Sie nach Thüringen gekommen?

**Reinhard Müller:** Nach meinem Politik- und Pädagogikstudium in Berlin, wo ich geboren wurde, bin ich zunächst nach Wuppertal zum Internationalen christlichen Jugendaustausch gegangen und habe danach in Biedenkopf das Bildungs- und Sozialzentrum Café Horch mit aufgebaut, eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Hessen. Nach der Wende haben wir Qualifizierungen beispielsweise für Sozialmanager und Suchtberater in Thüringen angeboten. So kam die Verbindung zum dortigen Landesverband, dessen Geschäftsführer in den ersten beiden Jahren Rolf Gerking war und dessen Nachfolger ich dann wurde.

Was hat ihre Arbeit in der Anfangszeit besonders geprägt?

Wir waren damals ein Newcomer-Verband, der sich erst einmal bekannt machen und eigene Verbandsstrukturen aufbauen musste. In der Liga der Freien Wohlfahrtspflege saßen wir als kleinster Verband anfangs quasi am Katzentisch. Die kirchlichen Verbände und das DRK waren historisch bedingt viel stärker. Aber was uns für viele neue Gruppierungen und Organisationen attraktiv gemacht hat, war die Tat-

sache, dass wir nicht ideologisch verortet waren. Es kamen viele sozial engagierte Menschen zu uns, die wir dabei unterstützt haben, sich neu zu organisieren, sei es in Selbsthilfegruppen oder beim Aufbau sozialer Träger. Das war vor allem viel Aufklärungs- und Beratungsarbeit und die Suche nach unkonventionellen Lösungen: Was ist Gemeinnützigkeit, wie gründet man einen eingetragenen Verein, wie gestaltet man eine Satzung oder Arbeitsverträge? Wie kommt man an Fördergelder. All das war ja zu DDR-Zeiten kein Thema.

Am Katzentisch sitzen sie aber heute nicht mehr!

Nein, wir sind sowohl was die Zahl der Mitgliedsorganisationen als auch die der Beschäftigten angeht inzwischen der größte Wohlfahrtsverband Thüringens: Aus den damals 80 Mitgliedsorganisationen sind 350 geworden – übers ganze Land verteilt, mit einem unglaublich vielfältigen Spektrum. Diese Vielfalt kann kein anderer Verband bieten. Und sie verleiht unserem Verband auch landespolitisch Gewicht.

Das ist eine stolze Bilanz, die ihnen nicht zuletzt bei Ihrer Verabschiedung quer durch die politischen Reihen viel Lob eingebracht hat. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat betont, dass Thüringen ihnen viel zu verdanken hat. Die frühere Ministerpräsidentin und Sozialministerin



Tatkraft, Optimismus und Ideenreichtum zeichneten Reinhard Müllers Wirken als Geschäftsführer des Landesverbands Thüringen aus. In den Schaukelstuhl will er sich auch im Ruhestand nicht begeben. Foto: Paritätischer Thüringen/Frank Diehn

Christine Lieberknecht hat sie als „Pionier des Aufbaus“ und „Kämpfer für die Schwachen“ gewürdigt, als „Mahner für eine wertebasierte Politik“. Wo sehen Sie denn nun für die Zukunft die größte Herausforderung für den Landesverband?

Unser Slogan heißt „Wir gestalten Thüringen“. Das sagen wir so selbstbewusst, weil wir uns mit unseren Mitgliedsorganisationen in die Gestaltung der sozialen Infrastruktur aktiv einbringen, in den Städten genauso wie im ländlichen Raum, wo es ja oft nicht mal mehr einen Laden gibt. Wir haben 2007 bereits die BuntStiftung gegründet, die über die



Ziele und Aufgaben des Landesverbandes hinaus innovative Felder sozialer Arbeit erkundet und fördert. Der demografische Wandel stellt uns jetzt vor sehr große Herausforderungen. Wir werden älter, wir werden weniger und wir werden bunter. Das müssen wir alles zusammenbringen. Wir brauchen dringend Investitionen in die soziale Infrastruktur. Der Staat muss endlich aktiv werden für die Gestaltung einer lebenswerten, solidarischen Gesellschaft. Was wir besonders im Blick haben müssen: Wir haben ja immer mehr ältere Menschen, aber auch Menschen mit Behinderung, die an ihren individuellen Bedürfnissen orientierte Unterstützung benötigen. Dafür brauchen soziale Organisationen gutes Personal. Im Ringen um Fachkräfte stehen soziale Träger in harter Konkurrenz mit der Wirtschaft.

Darum ist es wichtig, als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Da sind wir bei einem

Thema, das natürlich unbedingt noch angesprochen werden muss: Der Paritätische Arbeitgeberverband PATT, den sie bereits 1995 gegründet haben. Was hat Sie damals zu diesem Schritt bewogen, der ja keinesfalls unumstritten war?

Ja, zunächst war der Zulauf auch zögerlich, weil man mit der Zugehörigkeit zu solch einer Tarifgemeinschaft ja Verbindlichkeiten eingeht, die anfangs viele Träger gescheut haben. Aber es hat sich bewährt, dass wir einen sehr paritätischen Weg gegangen sind. Vor der Gründung von PATT haben wir zwei Jahre lang in einer Runde mit 15 Führungskräften aus Mitgliedsorganisationen darüber beraten, ob wir eine Tarifgemeinschaft bilden sollen, wie diese aussehen sollte und wie man beispielsweise einen Tarifvertrag gestaltet. Dabei geht es ja nicht nur um die Frage der Bezahlung, sondern auch die Ausgestaltung der Arbeitsplätze, was

ja auch ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Arbeit ist. Wir waren der Meinung, dass wir all diese Fragen nicht nur dem Staat und den Gewerkschaften überlassen sollten, also nicht abwarten, wie es sich im öffentlichen Dienst entwickelt und uns daran entlangangeln. PATT ist nicht nur eine Arbeitgebervertretung speziell für die Sozialwirtschaft, sondern bietet auch für die Mitarbeiter der angeschlossenen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, ihre Arbeitnehmerinteressen in die Tarifverhandlungen einzubringen.

Und PATT wächst ...

Inzwischen haben sich auch der Landesverband Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen. Und was mich besonders freut: Mit Hamburg zeigt jetzt auch der erste westliche Landesverband Interesse. PATT ist ein guter Weg, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen zusammenzubringen.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

## „Das Netzwerken hat mir sehr geholfen“

Der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland ist der einzige Landesverband des Paritätischen, in dem zwei Bundesländer zusammengeschlossen sind. Für Wolfgang Krause, der von 1989 bis Ende 2016 Geschäftsführer war, bedeutete das, im Spannungsfeld zwischen zwei höchst unterschiedlichen Landesregierungen viel Fingerspitzengefühl beweisen zu müssen.

Herr Krause, warum gibt es überhaupt den Doppelerverband Rheinland-Pfalz/Saarland?

**Wolfgang Krause:** Für die Zusammenlegung waren 1972 vor allem wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Beide Landesverbände hatten damals noch eine sehr überschaubare Zahl von Mitgliedsorganisationen: im Saarland 120, in Rheinland-Pfalz rund 100.

Wie sieht es heute aus?

Inzwischen haben wir rund 600 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 44.000 Beschäftigten. Die Zahl der Geschäftsstellen-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist von knapp zehn auf 63 gewachsen.



Ein Netzwerker mit Macherqualitäten, dem neben seinem anspruchsvollen Beruf stets auch sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement wichtig war: Wenn Wolfgang Krause künftig auch nur noch zu Besuch in der Geschäftsstelle des Paritätischen in Saarbrücken weilt – als Ehrenamtler bleibt er weiter im Verband aktiv.

Foto: Ulrike Bauer

In einem Verbandsgebiet, das zwar nicht so riesig ist wie die großen Flächenländer Niedersachsen und Bayern, dafür aber die Besonderheit hat, dass sie es immer mit zwei Landesregierungen zu tun haben ...

Die am weitesten entfernte Mitgliedsorganisation hat ihren Sitz in Wissen an der Sieg, kurz vor der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Bis dorthin sind es hier von der Geschäftsstelle in Saarbrücken aus immerhin 350 Kilometer. Aber geografische Entfernungen sind ja einfach zu kalkulieren. Der andere Punkt, den Sie ansprechen – zeitgleich mit zwei höchst unterschiedlichen Landesregierungen konfrontiert zu sein – ist phasenweise schon eine besondere Herausforderung gewesen.

#### Beispielsweise?

Ende der 1980er Jahre gab es eine sehr konservative CDU-Regierung in Rheinland-Pfalz und gleichzeitig im Saarland eine progressive SPD-Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Besonders in der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Familien- und Jugendpolitik gab es da gravierende Unterschiede, die sich auch in der Liga-Arbeit spiegelten. Die kirchlichen Verbände hatten dort während der Zeit der CDU-Regierung eine recht dominierende Rolle. Es war nicht einfach für den Paritätischen da gegenzuhalten.

Ich erzähle am besten mal ein Beispiel aus der Praxis: Vor allem unsere Mitgliedsorganisation pro familia hatte in Rheinland-Pfalz mit ihrer progressiven Arbeit erhebliche Schwierigkeiten, einen

Fuß auf den Boden zu bekommen. Das Familienplanungszentrum in Mainz war damals deeeer Stein des Anstoßes. Da mussten wir uns mächtig ins Zeug legen, um pro familia zu unterstützen. Hier im Saarland ging es zum Glück weniger ideologisch zu.

[Sie haben außerdem den Ruf, durch und durch Netzwerker zu sein und klug über die Parteigrenzen hinweg zu agieren.](#)

Das Netzwerken hat mir immer sehr geholfen: also das gemeinsame Interesse an sozialen und gesellschaftlichen Fortschritten in den Mittelpunkt zu stellen. Ich bin selbst ja Sozialdemokrat, aber ich bin hier im Saarland auch mit CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer per du, genauso wie mit SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz.

Hilfreich war sicher auch mein ehrenamtliches Engagement bei der Verbraucherzentrale des Saarlands, als deren Vorsitzender ich auch im Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks sitze, in dem alle politisch relevanten Kräfte des Saarlands vertreten sind. Das hat mir die Möglichkeit gegeben, in idealer Weise für den Verband wirken zu können.

Ich glaube, man kann mit Fug und Recht sagen: Wir haben uns als Paritätischer parteiübergreifend große Anerkennung erworben – in beiden Bundesländern gleichermaßen. Das ist nicht zuletzt das Resultat kontinuierlich guter sozialer Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen.

[Gute fachliche und fachpolitische Arbeit ist](#)

das eine, auf der anderen Seite mussten Sie den Verband aber ebenso finanziell auf ein sicheres Fundament stellen. Sie haben da unter anderem den Weg eingeschlagen, sich selbst als Träger sozialer Organisationen zu betätigen und so eine weitere Einnahmequelle neben Fördermitteln, Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen zu erschließen.

Das war kein selbstverständlicher Schritt, denn wir müssen gleichzeitig auch darauf achten, als Verband nicht mit unseren Mitgliedsorganisationen zu konkurrieren. Aber ich denke, wir bekommen den Spagat mit unseren 13 Tochterunternehmen gut hin. Und wir nutzen so auch die Möglichkeit, neue Wege in der sozialen Arbeit zu erproben und hier und da eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Die Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen in Mainz gilt bundesweit als vorbildlich – um ein Beispiel zu nennen. Aber auch die gemeinnützige Gesellschaft für ambulante und stationäre Altenhilfe...

[Sie haben gemeinsam mit dem Landesvorstand die Gründung der Stiftung Paritätät vor zwei Jahren initiiert, die mittlerweile fast alle Unternehmensanteile des Paritätischen an diesen Töchtern übernommen hat. Welche Überlegungen stehen dahinter?](#)

Der Landesverband ist wie viele Mitgliedsorganisationen als eingetragener Verein ja mit der Tatsache konfrontiert, dass sich im Laufe der Jahre auf Vorstandsebene Haltungen und Ansichten ändern können. Unsere Tochtergesellschaften haben aber mittlerweile einen auf uns entfallenden Jahresumsatz von rund 100 Millionen Euro. Es ist Vorstand und Geschäftsführung wichtig, diese wirtschaftliche Größe und auch die fachliche Arbeit dauerhaft im Interesse der Beschäftigten und der betreuten Menschen zu sichern. Die Stiftung bietet aus unserer Sicht Gewähr für Kontinuität. Außerdem können Mitgliedsorganisationen dort jederzeit eigene Stiftungen integrieren. Die Gründung der Stiftung war ein weit in die Zukunft wirkendes Projekt, das mir zum Ende meiner Geschäftsführertätigkeit schon sehr am Herzen gelegen hat.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

## Mitinitiator der Unabhängigen Patientenberatung

Verbraucherschutz und das Sozial- und Gesundheitswesen haben einige Berührungspunkte. Für den gebürtigen Rheinländer Wolfgang Krause (68) lag es daher nah, sich neben seinem beruflichen Engagement und seiner lokalpolitischen Tätigkeit in seinem Heimatort Utweiler ehrenamtlich bei der Verbraucherzentrale des Saarlands zu engagieren. In Partnerschaft

mit dem Sozialverband VdK, dessen ehrenamtlichem Vorstand Krause angehört, gründete die Verbraucherzentrale 2001 die unabhängige Patientenberatung im Saarland. Diese wurde zum Vorbild für die bundesweite unabhängige Patientenberatung Deutschland –UPD. Vor allem für dieses ehrenamtliche Engagement wurde Krause mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

„Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“ fordert ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in der wachsenden sozialen Ungleichheit eine ernste Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen. Ende März stellte das Bündnis Forderungen zur Bundestagswahl vor.

**REICH – UM  
UMVERTEILEN**

**G**etragen wird das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“ von 30 Organisationen und Verbänden sowie einer Vielzahl Unterstützern. Mit dabei sind neben dem Paritätischen beispielsweise Attac, OXFAM, ver.di, GEW, Arbeiterwohlfahrt, Nationale Armutskonferenz und Deutscher Mieterbund. Auf regionaler Ebene haben sich bereits zahlreiche Bündnisse zusammengefunden, die sich ebenfalls für die Anliegen des umverteilen-Bündnisses stark machen.

„Seit Jahrzehnten nehmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit zu“, kritisiert das Bündnis. Die Einkommen der Beschäftigten in Deutschland fielen weit hinter die Entwicklung der Gewinne und Vermögenseinkommen zurück, das Rentenniveau befinde sich im Sinkflug und immer mehr Menschen gerieten ins Abseits. Dem enormen privaten Reichtum in Deutschland stehe eine massi-

ve öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar werde. So seien zuletzt immer mehr öffentliche und soziale Leistungen gekürzt worden und in vielen Städten werde es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

„Die zunehmende Aushöhlung des deutschen Sozialstaats, die Finanznot der öffentlichen Haushalte und das Mantra der ‚schwarzen Null‘ treffen den Paritätischen, seine Mitgliedsorganisationen und die Menschen, mit denen wir Tag für Tag arbeiten, ganz direkt. Um den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft nicht aufs Spiel zu setzen, brauchen wir endlich eine offensive Sozialpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt, und eine solidarische Finanzierung unseres Gemeinwesens“, betont der Paritätische Gesamtverband als einer der Initiatoren des Bündnisses.

Die Bündnisakteure sind überzeugt: „Wir können ein besseres und gerechtes Land für alle schaffen, die hier le-

ben. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor, wir müssen ihn endlich vernünftig verteilen und gerecht einsetzen. Die ganz große Mehrheit der Bevölkerung wird dadurch nicht belastet, sondern wird davon profitieren.“

Das Bündnis fordert in einem Aufruf entschlossene Maßnahmen gegen Ausgrenzung und für mehr soziale Sicherheit. Es fordert mehr Investitionen für Soziales, Bildung, Pflege, Kultur und Jugend. Zur Finanzierung schlägt es unter anderem die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen sowie eine reformierte Erbschaftsteuer vor.

Nähere Informationen zum Bündnis, seinen Unterstützern und aktuellen Aktivitäten – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl – finden Interessierte auf der Homepage [www.reichtum-umverteilen.de](http://www.reichtum-umverteilen.de).

Dort können sich Einzelpersonen und Organisationen auch als Unterstützer/-innen registrieren lassen.

## Aus den Landesverbänden

**Jelka Wetzel**, langjährige Vorstandsvorsitzende des Paritätischen in Thüringen ist im Alter von 75 Jahren verstorben. Jelka Wetzel war eines der Gründungsmitglieder des Landesverbands Thüringen. Trotz der Einschränkungen durch ihre körperliche Behinderung setzte sie sich mit ganzer Kraft, Engagement, Ideenreichtum und ihrem großen Herzen für den Verband ein.



Jelka Wetzel war eine der Impulsgeberinnen, als am 30. Juni 1990 der Paritätische Landesverband Thüringen gegründet wurde. Seit 1991 war sie Vorstandsmitglied, von 1995 bis 2007 Vorstandsvorsitzende.

Unter ihrer Leitung entstand auch die Paritätische BuntStiftung, die sie als Vorsitzende des Stiftungsrates leitete. Im Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbands brachte Jelka Wetzel sich ebenfalls viele Jahre mit großem Engagement und geschätztem Sachverstand ein.

\*

**Michael Hamm** ist als Nachfolger von Wolfgang Krause seit 1. Februar neuer Geschäftsführer des Paritätischen Rheinland-Pfalz/Saarland. Er war seit 2009 Referent der Landesgeschäftsführung und übernahm 2013 bereits die stellvertretende Landesgeschäftsführung.

Wolfgang Krause ging nach über 30 Jahren in den Ruhestand. (Siehe auch Interview auf Seite 27)





# Krankenhausreform stellt Kliniken vor große Herausforderungen

Fachtag des Paritätischen Gesamtverbands bot Gelegenheit zum Austausch mit Experten

Ein Ziel des 2015 in Kraft getretenen Krankenhausstrukturgesetzes ist, die Qualität der Versorgung im Krankenhaus zu verbessern. Das kann auch darauf hinauslaufen, dass im Extremfall Krankenhausschließungen drohen. Zu den ersten (Aus-)Wirkungen der gesetzlichen Neuerungen dürften in naher Zukunft Qualitätszuschläge oder -abschläge für gute beziehungsweise unzureichende Qualität in der Versorgung gehören. Der Paritätische Gesamtverband stellte Anfang des Jahres bei einem Fachtag in Berlin daher unter dem Titel „Das Krankenhausstrukturgesetz (KHSG): Planen nach Qualität?“ die mit der Krankenhausreform beschlossenen neuen Qualitätsvorgaben für die Kliniken in den Mittelpunkt.

Joachim Hagelskamp (Bereichsleiter Gesundheit, Teilhabe und Dienstleistungen beim Gesamtverband) begrüßte zum Auftakt der Veranstaltung namhafte Experten. Wilhelm Walzik, Referatsleiter im Bundesministerium für Gesundheit erläuterte die Intention und Zielsetzungen der Krankenhaus-

strukturreform. Zu einer besseren Versorgung der Patientinnen und Patienten sollen unter anderem der Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von Versorgungsangeboten und Standorten sowie die Anpassung der Betriebskostenfinanzierung führen. Kritisch angemerkt wurde von Teilnehmenden der von Martina Huth (Referentin für Gesundheit, Prävention und Bevölkerungsschutz beim Paritätischen Gesamtverband) moderierten Tagung, dass die Finanzierung der Investitionskosten nach wie vor ein Problem sei.

## Auswirkungen des neuen Qualitätskonzepts

Dr. Christof Veit, Leiter des Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz (IQTIG), informierte über die Aufgaben seines Instituts und die Auswirkungen des neuen Qualitätskonzepts auf die Kliniken. Dr. Regina Klakow-Franck, unparteiisches Mitglied des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), erläuterte die Arbeitsweise des Gremi-

ums der Selbstverwaltung, das vor allem dafür zuständig ist, die Leistungsansprüche der rund 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten zu konkretisieren. Sie stellte auch detailliert die stufenweise Einführung der neuen Methoden zur Qualitätssicherung wie etwa vergütungsrelevante Indikatoren sowie Qualitätszu- und -abschläge vor.

Die Vertreterinnen und Vertreter der zum Verband gehörenden Krankenhäuser und mehrerer Paritätischer Landesverbände nutzten den direkten Kontakt mit der Expertin und den Experten zum intensiven fachlichen Austausch. Viele konkrete und brennende Fragen zur Zukunft der Kliniken und der Krankenhausversorgung wurden angesprochen. Klar wurde, dass die Umsetzung der Krankenhausreform für die unter enormem wirtschaftlichen Druck stehenden Krankenhäuser eine große Herausforderung darstellt und etliche Reformschritte als längst noch nicht ausdiskutiert angesehen werden können.



Gelegenheit zum intensiven Austausch bot ein Fachtag des Paritätischen Gesamtverbands zu den Auswirkungen der Krankenhausstrukturreform. Foto: Sabine Jasper

Professor Dr. Christoph Butterwegge (rechts) und Dr. Ulrich Schneider bei der Vorstellung des Buchs „Kein Wohlstand für alle“ im Berliner Buchhändlerkeller.  
Foto: Janina Trebing



## „Die Demokratie stirbt, wenn der Sozialstaat stirbt“

**E**in vollgepackter Terminkalender aufgrund seiner damaligen Kandidatur fürs Amt des Bundespräsidenten hielt Professor Dr. Christoph Butterwegge nicht davon ab, sich Zeit zu nehmen für die Präsentation des neuen Buchs von Dr. Ulrich Schneider. Den Kölner Armutsforscher und den Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands verbinden das langjährige Engagement für soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen Armut.

Im gut besuchten Berliner Buchhändlerkeller fand die Auftaktveranstaltung für eine Vielzahl von Autorenlesungen Ulrich Schneiders aus seinem Buch „Kein Wohlstand für alle!? Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen tun können“ statt.

Themen des auch in den Medien vielbeachteten Buchs sind die extrem ungleiche Vermögensverteilung sowie die soziale Spaltung Deutschlands. Schneider setze der undifferenzierten Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel – „Deutschland geht es gut“ – harte Fakten entgegen, die zeigten, wie verheerend sich 30 Jahre neoliberalistischer Politik auf einen großen Teil der Menschen in diesem Land ausgewirkt hätten: „Er trägt dazu bei, die Augen zu öffnen“, sagte Butterwegge. Selbst für ihn als Armutsforscher enthalte das Buch viele ihm zuvor noch nicht bekannte Informationen. Dabei

sei es keinesfalls trocken geschrieben, sondern bringe viele alltagspraktische Beispiele, die nachvollziehbar machten, was Armut für die Betroffenen konkret bedeutet und welche Maßnahmen notwendig seien, um den Sozialstaat wiederzubeleben und die Armutspirale zu stoppen.

Ulrich Schneider habe als „Anwalt der sozial Benachteiligten und Unterprivilegierten“ eine wichtige Rolle, indem er Partei für die Armen ergreife, die dies in der Regel nicht selbst tun könnten, betonte Christoph Butterwegge.

**Ulrich Schneider: Kein Wohlstand für alle!? Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen tun können**  
Westend Verlag, 236 Seiten, 18 Euro  
ISBN 9-783864891618

„Wer Sorgen hat, wie er am 20. des Monats noch warmes Essen auf den Tisch bringt für sich und seine Kinder, der geht nicht auf die Barrikaden“, so Butterwegge. „Wir müssen klarmachen, dass die soziale und die demokratische Frage zusammengehören, dass die Demokratie stirbt, wenn der Sozialstaat stirbt.“ Ebenso wie Schneider ist der Armutsforscher der Ansicht, dass auch Wohlhabende und Reiche ein Interesse daran haben sollten, dass die Gesellschaft nicht völlig zerfällt. Schneider betonte, es gebe keinen Ge-

gensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Kompetenz, auch wenn neoliberale Kräfte dies glauben machen wollten. Wer eine sozialverantwortliche Politik fordere, sage keinesfalls den wirtschaftlichen Ast ab, auf dem wir sitzen.

Schneider: „Uns wurde in den vergangenen Jahren ausgetrieben, das Selbstverständliche zu denken und zu sagen, wie etwa, dass jeder von seiner Arbeit leben können muss.“ Es stimme einfach nicht, dass mehr als der Mindestlohn nicht finanzierbar sei, weil sonst die Wirtschaft zusammenbreche. Oder dass die notwendigen 50 Milliarden Euro für eine vernünftige Rente nicht da seien.

„Der Neoliberalismus hat es geschafft, in unsere

Köpfe zu schreiben, das sei nicht finanzierbar.“ Aber was gewollt sei, sei durchaus finanzierbar angesichts von fünf Billionen Euro Vermögen auf Privatkonten. Es sei nur eine Frage der gerechten Verteilung.

Die zunehmende soziale Ungleichheit sei ganz wesentlich das Werk von Lobbyisten, die neoliberale Denkschablonen etabliert hätten, aus denen ausbrechen immens schwierig geworden sei, so Schneider. „Wir brauchen die Revolution in den Köpfen.“

UB

Mitgliedsorganisationen berichten ...

Mitgliedschaft, die sich lohnt.



# „Wunder gibt es immer wieder“

## Neue Demenz- und Antidekubitus-Matratzen sorgen im GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen für Erstaunen

„Wo bin ich nur in diesem fremden Land?“ – Wie sich Demenzpatienten fühlen, wenn sie nachts orientierungslos und verängstigt aufwachen, erscheint gesunden Menschen nur schwer vorstellbar. Nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für Angehörige und Betreuer eine extrem schwierige Situation. Um dem vorzubeugen, wurden jetzt im GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen innovative Demenz-Matratzen getestet. Die Ergebnisse überraschten selbst erfahrene Fachkräfte.

### Auf der Suche nach Erinnerungen

In guten wie auch in schweren Zeiten füreinander da sein. Mehr als 50 Jahre ist es inzwischen her, dass Herbert K.\* seiner Frau dieses Versprechen gab. Dass Anneliese an fortgeschrittener Demenz leidet und ihn nur noch in wachen Momenten erkennt, ändert daran nichts. Nach dem Umzug ins GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen teilt sich das Rentnerpaar ein gemütliches Zimmer. Doch seit einigen Monaten wird Herbert K.s Kraft auf die Probe gestellt. Immer öfter wacht er nachts auf und muss feststellen, dass seine Frau das Bett verlassen hat. Auf der

\*Namen der Bewohner geändert.



Suche nach Erinnerungen irrt sie durch das Heim. Bevor das Pflegepersonal Anneliese wieder beruhigen und zurück bringen kann, hat Herbert K. sich oft schon selbst auf die Beine gemacht. Beide bauen zusehends ab, seit an erholsamen Schlaf nicht mehr zu denken ist.

### Micro-Stimulation

Dass die Eheleute heute wieder durchschlafen, verdanken sie dem persönlichen Engagement des GDA-Teams vor Ort. „Die Symptome sind ganz typisch für Demenzerkrankte“, berichtet Einrichtungsleiter Dieter Meer. „Bei ihnen ist der Tag-Nacht-Rhythmus gestört.“ Anneliese K. hatte deshalb die Chance, als eine der ersten Bewohnerinnen der Einrichtung testweise auf einer Matratze zu schlafen, die speziell für Demenzpatienten entwickelt wurde. Die Technologie beruht auf der sogenannten MiS Micro-Stimulation.

Winzige Flügelfedern im Kern der Matratze nehmen die Bewegungen des Schlafenden auf und geben sie als Micro-Impulse zurück, wodurch die Körperwahrnehmung erhalten bleibt. „Bei Anneliese K. dauerte es nur eine Woche, bis sich Veränderungen bemerkbar machten“, freut sich der zuständige Fachpfleger Barron. „Früher war sie morgens beim Waschen oft ungehalten – heute singt sie sogar und wäscht sich unter Anleitung wieder selbst.“

### Optimale Druckentlastung

Zusätzlich zu neuen Demenz-Schlafsystemen hat das GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen auch spezielle Antidekubitus-Matratzen angeschafft. „Schmerzhafte Druckgeschwüre beeinträchtigen die Lebensqualität erheblich“, erklärt die Pflegedienstleiterin

Larissa Zwick. Betroffene sind aufgrund ihres gesundheitlichen Zustands nicht mehr in der Lage, Druckschmerzen durch Eigenbewegungen auszuweichen. Die MiS Micro-Stimulation wirkt hier mobilitätsfördernd. Selbst kleinste Eigenbewegungen werden unterstützt, die Blutzirkulation gefördert und eine optimale Druckentlastung erreicht.

„Wir würden die Matratzen auf jeden Fall weiterempfehlen“, fasst Dieter Meer die Erfahrungen des Heims zusammen. Herbert K., der heute wieder beruhigt durchschlafen darf, findet noch deutlichere Worte: „Diese Matratze ist wie ein Wunder!“

Der Beitrag basiert auf Erfahrungsberichten der Mitarbeiter aus dem GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen.

Mehr Infos erhalten Sie auf der Website [www.thomashilfen.de](http://www.thomashilfen.de) oder auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands unter [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) in der Rubrik Intern/Rahmenverträge. Zugangsdaten erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesverband.

\*

Gerne informieren wir Sie mit unserem Newsletter per E-Mail über Neuigkeiten und Aktionen unserer Rahmenvertragspartner. Um den Newsletter künftig zu erhalten, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an [rvt@paritaet.org](mailto:rvt@paritaet.org).

### Kontakt:

Karsten Härle und  
Rebecca Neuparth  
E-Mail: [einkauf@paritaet.org](mailto:einkauf@paritaet.org)  
Tel.: 030/24636471





# freiwillig = wertvoll

Foto: Ines Meier

Jährlich absolvieren rund 12.000 Menschen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder den Bundesfreiwilligendienst (BFD) in einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur vielfältigen Arbeit des Verbands. Welche Erfahrungen machen sie dabei? Was macht den Freiwilligendienst für sie so wertvoll? Was könnte aus ihrer Sicht verbessert werden? Das fragte der Paritätische Gesamtverband im Februar rund 140 Teilnehmende des ersten Forums der Paritätischen Freiwilligendienste unter dem Motto „freiwillig = wertvoll“.

**Z**u Beginn der ungewöhnlichen Tagung in Berlin heißt es gleich aktiv werden: Der Hocker-to-go muss zusammengebaut und mit dem eigenen Namen beschriftet werden. Das mobile Pappmöbel begleitet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Freiwilligenforums zwei bewegte Tage lang: Eine Gesprächs- und Diskussionsrunde jagt die andere, an Pappstellwände werden Zettel mit Ideen und Gedanken gepinnt, Resümeees gezogen, Forderungen formuliert. Meist dient der Papphocker als Sitzgelegenheit, aber auch als Fläche für Gedanken, Notizen und Skizzen eignet er sich prima.

Juliane Meinhold und Kristin Napieralla, beim Gesamtverband als Fachreferentinnen für den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr zuständig, haben sich ein unkonventionelles Konzept für dieses neue Veranstaltungsformat einfallen lassen, mit dem die Partizipation der Freiwilligen unter dem Dach des Paritätischen gestärkt werden soll. Alle zwei Jahre können sie ihre Stimme einbringen, von Erfahrungen berichten und ihre Anliegen und Wünsche auf Gesamtverbandsebene platzieren.

Eröffnet wird die Auftaktveranstaltung von Juliane Meinhold und Kristin Napieralla gemeinsam mit Christian Woltering, Fachpolitischer Hauptreferent des Paritätischen Gesamtverbands. Sie geben Diskussionsimpulse zum Thema „Werte in der sozialen Arbeit“.

## Überraschende Fragen, ungewöhnliche Antworten

Moderator Florian Wenzel sowie Julia Both und Jonas Möhring von 123comics fürs Graphic recording verleihen dem Forum einen dynamischen Charakter: Während Moderator Wenzel die besondere Gabe hat, die Teilnehmenden mit ungewöhnlichen Fragen zu überraschen und in der Folge auch ungewöhnliche Antworten zu erhalten, zeichnet das Comic-Team die Ergebnisse auf: mit schnellen Strich, farbenfroh und plakativ, auf einer riesigen Wand aus gestapelten Papphockern. Die wird zwar am Ende wieder abgebaut, aber die Projektideen, Erkenntnisse und politischen Forderungen bleiben und werden vom Paritätischen auch an die Politik weitergeleitet. Zwei Bundestagsabgeordnete schauen auch gleich selbst beim Forum vorbei,

um mit den jungen Menschen über die Bedeutung der Freiwilligendienste zu diskutieren, aber auch von ihrer politischen Arbeit und den Werten zu erzählen, die ihnen wichtig sind: Kordula Schulz-Asche von Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Rosemarie Hein, Bundestagsabgeordnete der Fraktion Die Linke, ebenso Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Mit Dominic Evcimen, bis Ende 2016 Bundessprecher im Bundesfreiwilligendienst, und Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, tauschen sie sich über die gesellschaftliche Bedeutung der Freiwilligendienste aus und darüber, wo noch Verbesserungen notwendig sind, um sie beispielsweise für Menschen mit Behinderung oder Geflüchtete zu öffnen, aber auch, um das FSJ besser für Jugendliche zugänglich zu machen, die von ihren Familien nicht unterstützt werden. UB

Weitere Informationen zur Veranstaltung und Ergebnisse finden Interessierte auf [www.freiwillig.paritaet.org](http://www.freiwillig.paritaet.org) unter „Paritätisches Forum“

## Alle sind dabei! im Pixi-Format

Kinderarmut und Kinderrechte sind Themen eines neuen Buchs aus der beliebten Pixi-Serie. Das Deutsche Kinderhilfswerk hat es unter dem Titel „Alle sind dabei!“ in Zusammenarbeit mit dem Carlsen-Verlag herausgegeben. Erzählt wird die Geschichte von Lisa, die nicht mit am großen Kitaausflug teilnehmen kann. Das Geld dafür ist zu knapp. Gibt es eine Lösung? In dem mittlerweile 3. Pixi-Buch, das Deutsches Kinderhilfswerk und Carlsen-Verlag gemeinsam gestaltet haben, wird altersgerecht die selbstbestimmte Suche nach Lösungen und das Recht auf Teilhabe thematisiert.

Das Heft kann im Shop des Deutschen Kinderhilfswerks [www.dkhw.de/shop](http://www.dkhw.de/shop) bestellt werden. Es gibt auch Kita-Pakete (inkl. Begleitheft für Erziehende) à 30 oder 60 Stück.



## Führerschein in Gefahr!

Die Drogen- und Jugendberatungsstelle (DROBS) Lörrach des Arbeitskreises Rauschmittel e. V. hat einen Ratgeber für Menschen herausgegeben, denen wegen Drogenkonsum oder -abhängigkeit der Führerschein entzogen wurde, oder denen der Entzug der Fahrerlaubnis droht. Der „MPU-Ratgeber: Drogen – Führerschein (fast) weg“ bietet mit vielen Informationen und Tipps wertvolle Hilfe bei der Vorbereitung auf die sogenannte Facheignungsbegutach-

tung oder Medizinisch-Psychologische-Untersuchung. Er ist für Betroffene ebenso geschrieben wie für professionell Helfende.

Die 48 Seiten umfassende Broschüre kann für fünf Euro bestellt werden bei der DROBS, [www.drogenberatung-loerrach.de](http://www.drogenberatung-loerrach.de), Tel.: 07621/2085.

Ab zehn Exemplaren gibt es sie für 3,50 Euro. Der Ratgeber ist auch im Buchhandel erhältlich.

ISBN: 978-3-00-029047-3

## ISL-Online-Handbuch zum Empowerment

Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland – ISL hat ein Online-Handbuch für das Empowerment behinderter und chronisch kranker Menschen in der gesundheitlichen Selbsthilfe erstellt. „Empowerment meint die Stärkung, die Aktivierung und die Wiederentdeckung der vorhandenen Fähigkeiten mit dem Ziel, das eigene Leben selbstbestimmt und selbstverantwortlich zu führen und die persönlichen Interessen selbst zu vertreten“, betont Barbara Vieweg, stellvertretende Ge-

schäftsführerin der ISL und die Verantwortliche für die Handbuch-Entwicklung. „Das Schöne dabei ist ja: Empowerment muss einem nicht in die Wiege gelegt worden sein – Empowerment kann man lernen!“ Dazu hat die ISL in der Vergangenheit immer wieder Trainings angeboten. Um das Empowerment-Konzept noch stärker zu verbreiten, wurde jetzt ein vollkommen neues Online-Handbuch entwickelt, eine wahre Fundgrube für die Ideen- und Materialsammlung: [www.handbuch-empowerment.de](http://www.handbuch-empowerment.de).

## Filmtipps

**Der Dokumentarfilm** „Nicht ohne uns!“ widmet sich dem Thema Kinderrechte. Er lässt 16 Kinder aus 15 Ländern von ihrem Leben, ihren Träumen und Sorgen erzählen. Das filmpädagogische Online-Portal [kinofenster.de](http://kinofenster.de) wählte ihn jüngst zum Film des Monats. [kinofenster.de](http://kinofenster.de) ist ein Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Vision Kino gGmbH – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz. Auf [www.kinofenster.de](http://www.kinofenster.de) gibt es mehr Infos zum Film, ebenso auf [www.farbfilm-verleih.de](http://www.farbfilm-verleih.de).

**Nach dem Dokumentarfilm** Kopf Herz Tisch – Kindheit ohne Eltern hat Filmmakerin Sonja Toepfer jetzt einen weiteren Film mit dem Titel „Kindheit hinter Mauern“ gedreht. Er ist zu finden auf <http://sonjatoepfer.com/filme/kopf-herz-tisch-kindheit-hinter-mauern/>

## Vorurteilen begegnen

Das Handbuch „Gegen Vorurteile“ von Nina Horaczek und Sebastian Wiese gibt jungen Menschen Hilfestellungen, wie sie sich gegen Vorurteile wehren können und liefert objektive Fakten zu Themen wie Ausländerpolitik, Islam und Nationalsozialismus. Viele praktische Beispiele, zahlreiche Statistiken und aktuelle Studien veranschaulichen die Informationen und machen sie leicht verständlich. Das 208 Seiten starke Buch wird herausgegeben vom Czernin Verlag und kostet 18 Euro. ISBN: 978-3-7076-0607-2

## Integration in Kommunen

Eine Publikation des Deutschen Vereins unterstützt die Arbeit der Kommunen bei der Integration geflüchteter Menschen. Sie benennt Anforderungen an Verwaltung, freie Träger und Zivilgesellschaft und zeigt wie die Integration geflüchteter Menschen in verschiedenen Handlungsfeldern gelingen kann. Jürgen Hartwig und Dirk Willem Kroneberg (Hrsg.): *Flucht und Migration: Herausforderungen und Chancen für Kommunen*, 19,80 Euro, für des DV 15,80 Euro.

## Was macht ein integratives Hotel erfolgreich?

Seit der Gründung des Embrace Verbunds im Jahr 2007 haben die integrativen Hotels in Deutschland eine dynamische Entwicklung genommen, weil sie Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung bieten und die Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung fördern. Ein Tagesseminar zum Thema „Gründung integrativer Hotels“ findet am 22. Mai 2017 im Embrace Hotel INNdependence in Mainz statt.

Weitere Informationen und Anmeldung:

<http://bit.ly/embrace-mai-2017>

E-Mail: [willkommen@embrace-hotels.de](mailto:willkommen@embrace-hotels.de)

## Protesttag am 5. Mai: Wir gestalten unsere Stadt

Unter dem Motto „Wir gestalten unsere Stadt“ möchte die Aktion Mensch auch dieses Jahr rund um den Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai Möglichkeiten schaffen, bei denen sich Menschen mit und ohne Behinderung begegnen.

Tolle Ideen können online unter [www.aktion-mensch.de/5mai2017](http://www.aktion-mensch.de/5mai2017) eingereicht werden. Die drei besten Vorschläge werden besonders belohnt. Aktionsmittel können dort ebenfalls bestellt werden.

## Gewalt in der Eingliederungshilfe

Einen Fachtag zum Thema Gewalt in der Eingliederungshilfe veranstaltet die Lebenshilfe Bielefeld am Donnerstag, 21. September 2017, von 9.30 bis 15 Uhr Anmeldung via E-Mail an [fachtag-gewalt@lh-wohnstaetten.de](mailto:fachtag-gewalt@lh-wohnstaetten.de)

## Fachtag: Behinderung und Sexualität

Zum Fachtag „(K)ein besonderes Bedürfnis“ lädt die Stiftung Liebenau Teilhabe für 18. und 19. Mai 2017 nach Ravensburg ein. Es geht um Sexualität & Menschen mit Behinderung. Info: E-Mail: [fachtag.teilhabe@stiftung-liebenau.de](mailto:fachtag.teilhabe@stiftung-liebenau.de)

## Kinder mit Behinderung aus Flüchtlingsfamilien – welche Hilfen sind möglich?

Beratungs- und Frühförderstellen, Kitas und Schulen sind mit einer deutlich gestiegenen Zahl von Flüchtlingsfamilien konfrontiert, die Kinder mit Behinderungen haben. Wie sie diese bestmöglich unterstützen und ihnen das Ankommen in Deutschland erleichtern können, ist Thema eines Seminars am 21 und 22. Juni 2017 in Marburg. Themen sind unter anderem: Welche Sozialleistungen stehen

Kindern mit Behinderungen und deren Familien zu, wenn sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten? Wie ist ihr Zugang zu Bildung sowie auf die berufliche Beschäftigung geregelt und welche Probleme gibt es dabei? Welche Probleme entstehen an der Schnittstelle von Asylbewerberleistungsgesetz und Eingliederungshilfe? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es trotz sozialrecht-

licher Barrieren? Welche Netzwerk- und Projektideen haben sich bewährt, um Flüchtlingsfamilien darüber hinaus zu unterstützen?

Veranstaltungsnummer: 171211

Weitere Informationen und Anmeldung: Ingrid Boßhammer

Bundesvereinigung Lebenshilfe

Tel.: 06421/491-1 77

E-Mail: [Ingrid.Bosshammer@Lebenshilfe.de](mailto:Ingrid.Bosshammer@Lebenshilfe.de)

## impresum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

E-Mail: [nachrichten@paritaet.org](mailto:nachrichten@paritaet.org)

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

### Redaktion:

Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424

Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

### Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,  
Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0  
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220  
Mecklenburg-Vorpommern:  
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0  
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbild: Ulrike Bauer

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.  
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.  
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:  
Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,  
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,  
Schwanheimer Straße 110,  
60528 Frankfurt am Main





# Kümmert sich um Sie, wie Sie sich um Andere.



**Der neue move up! für Pflegedienste.**  
Ein Angebot speziell für Sie.

- move up! 1.0 | Ottomotor, 44 kW (60 PS), 5-Gang-Schaltgetriebe<sup>1</sup>
- + Sonderausstattung „drive pack ‚plus‘“, „4 doors“, Klimaanlage, ParkPilot und Radio „Composition Phone“
- + Vertragslaufzeit 36 Monate bei einer jährlichen Fahrleistung von 25.000 km
- 5,5 % Pflegedienstprämie

**= 101 €** monatliche Leasingrate<sup>2</sup>

JETZT BIS 30.06.2017

**AB 101 €**

IM MONAT LEASEN!<sup>2</sup>



**Volkswagen**

<sup>1</sup> move up! 1,0 | Ottomotor, 44 kW (60 PS). Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 5,5, außerorts 3,8, kombiniert 4,4, CO<sub>2</sub>-Emissionen in g/km: 101 kombiniert, Effizienzklasse C. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

<sup>2</sup> Angebot gültig für den move up! 1,0 | 44 kW (60 PS) 5-Gang mit den Sonderausstattungen „drive pack ‚plus‘“, „4 doors“, Klimaanlage, ParkPilot und Radio „Composition Phone“, die monatliche Leasingrate beträgt 101 €. Die Pflegedienstprämie setzt sich zusammen aus der Modellprämie (4 %) und einer Zusatzprämie (1,5 %) speziell für Pflegedienste, karitative Einrichtungen, Kammern und Kommunen; die Prämien beziehen sich jeweils auf die UVP (netto) und sind nicht mit weiteren Prämien und Nachlässen kombinierbar. Laufzeit 36 Monate, jährliche Fahrleistung 25.000 km. Dies ist ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Straße 57, 38112 Braunschweig in Zusammenarbeit mit Volkswagen. Bonität vorausgesetzt. Aktion gültig bis 30.06.2017. Irrtümer, Änderungen und Druckfehler vorbehalten.